



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Zukunft im Quartier gestalten Beteiligung für Zuwanderer verbessern



Zukunft im Quartier gestalten Beteiligung für Zuwanderer verbessern

Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Auftragnehmer

Urbanizers Büro für städtische Konzepte
Marie Neumüllers, Corinna Kennel, Phillip Koller
Xantener Straße 18, 10707 Berlin
post@urbanizers.de

Büro für Stadtforschung und Sozialplanung
Dr. Ingeborg Beer, Nico Grunze
Helmstedter Str. 26, 10717 Berlin, info@ingeborg-beer.de

Stand

April 2017

Gestaltung

re.do Grafik Design

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bezugsquelle

Ref-1-4@bbr.bund.de
Stichwort: Beteiligung Zuwanderer

Bildnachweis

Ingeborg Beer: Titelbild, S. 13, S. 14, S. 15 (Bild 1), S. 16, S. 22
Gerald Backhaus: S. 15 (Bild 2)
Robert Kaltenbrunner: S. 5
Urbanizers: S. 17, S. 18, S. 19, S. 20, S. 23, S. 24, S. 25, S. 29

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt
mit der des Herausgebers identisch.

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

die Integration und Teilhabe von Zuwanderern und Zuwanderinnen ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Zu einer erfolgreichen Integrationspolitik auf Ebene der Stadt- und Quartiersentwicklung gehört es, sie in kommunale Entscheidungsprozesse einzubinden und den Zugang zu Integrations-, Beratungs- und Bildungsangeboten zu erleichtern.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass in den letzten 15 Jahren informelle, freiwillige Bürgerbeteiligungen in der Stadt- und Quartiersentwicklung zwar wichtiger geworden sind und es inzwischen mehr Angebote für Beratungen und Integrationsleistungen gibt. Zuwanderer bleiben aber bei der Bürgerbeteiligung und der Inanspruchnahme von unterstützenden Angeboten unterrepräsentiert. Es ist daher davon auszugehen, dass ihre Bedarfe und Vorstellungen über die Quartiersentwicklung nicht ausreichend berücksichtigt werden und sich demzufolge die Identifikation mit dem Lebensumfeld nur eingeschränkt entwickelt. Ebenso kennen sie weniger Beratungs- und außerschulische Bildungsangebote als Einheimische. Beides dient aber entscheidend der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe.

Unsere Broschüre „Zukunft im Quartier gestalten – Beteiligung für Zuwanderer verbessern“ stellt zum einen Handlungsbereiche und Maßnahmen vor, welche die Teilhabe der Zuwanderer und Zuwanderinnen im Quartier verbessern können. Zum anderen zeigt sie Ansätze, wie diese Maßnahmen auf Quartiers- und kommunaler Ebene unterstützt werden können.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Dr. Robert Kaltenbrunner,
Stellvertretender Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Inhalt

1. Einführung: Aufgabe, Ziele, Methoden	7
1.1 Forschungsgegenstand und Leitfragen	7
1.2 Untersuchungskonzept und methodisches Vorgehen	8
1.3 Zuwanderer – wer ist gemeint?	9
1.4 Städte und Quartiere als Migrations- und Integrationsorte	9
2. Vor Ort – acht Quartiere unter der Lupe	12
3. Erfahrungen aus den Quartieren	21
3.1 Räume der Teilhabe: Stadtteilzentren	21
3.2 Teilhabefördernde Angebote für Zuwanderer im Quartier	23
3.3 Öffentlichkeitsarbeit, persönliche Ansprache und Einbindung von Multiplikatoren	24
3.4 Mitwirken: Gremien, Verfügungsfonds, Planung und Projekte	25
3.5 Lokale Netzwerke und neue Partner	28
3.6 Gesamtstädtische Strategien, integrierte Handlungsansätze und ressortübergreifende Zusammenarbeit	29
4. Handlungsempfehlungen	31
Literaturhinweise	34

1. Einführung: Aufgabe, Ziele, Methoden

Wie können Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte an der Stadt(teil)-entwicklung besser beteiligt werden und wie gelingt es, dass sie teilhabefördernde Angebote gleichberechtigt nutzen können? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Forschungsprojekts „Beteiligungsverfahren für Zuwanderer“ im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt). Der räumliche Fokus lag dabei auf benachteiligten Quartieren, die durch das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt gefördert werden oder wurden.

Zuwanderung, Integration und Förderung von Teilhabe sind Themen, die derzeit hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und kontrovers diskutiert werden. Der Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung sind dabei Bereiche, die als wesentliche Felder der gesellschaftlichen Teilhabe angesehen werden. Vielfach wird in der aktuellen Debatte aber auch auf die Bedeutung der Quartiersebene hingewiesen. Im direkten nachbarschaftlichen Kontakt, im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum – im Alltag des Zusammenlebens werden im Stadtteil entscheidende Weichen für Beteiligungs- und Teilhabechancen gestellt. Dabei ist die Förderung von Teilhabe und Beteiligung der Bewohner ein wesentliches Element der sozialräumlich orientierten Quartiersentwicklung. Insbesondere in benachteiligten Stadtquartieren, die als Programmgebiete in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen sind, stehen Aktivierung und Empowerment der Bewohnerschaft weit oben auf der Agenda. In diesen Gebieten hat sich ein breites Repertoire an Beteiligungsverfahren herausgebildet und es liegen langjährige Erfahrungen in Bezug auf die Aktivierung der Quartiersbevölkerung vor. Gleichwohl zeigt die Vor-Ort-Praxis deutlich, dass nicht alle in gleichem Maße erreicht werden. Gerade Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte nehmen Partizipationsangebote eher zurückhaltend wahr. Wie in den Quartieren auf diesen Umstand reagiert wird, welche Wege zu mehr Teilhabe und Beteiligung von Zuwanderern in der Quartiersentwicklung erprobt werden und welche übertragbaren Empfehlungen sich daraus ableiten lassen – dies aufzuzeigen ist das Anliegen dieser Publikation.

1.1 Forschungsgegenstand und Leitfragen

Die Partizipation der Bewohnerschaft an den Entwicklungsprozessen benachteiligter Stadtquartiere und die Mitwirkung an Planungs- und Entscheidungsverfahren sind wesentliche Elemente einer sozialräumlich und ressortübergreifend angelegten Stadtentwicklungspolitik. So sind sie im städtebaulichen Förderprogramm Soziale Stadt als zentrale Ziele ausgewiesen. Bekräftigt wurden diese Ziele jüngst in der ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt, die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) vorgelegt hat und die von der Bundesregierung verabschiedet wurde: „Ein weiteres zentrales Element des Programms Soziale Stadt ist die frühzeitige Beteiligung der Bewohnerschaft an der Planung und Projektumsetzung im Quartier. Das hilft nicht nur dabei, die Angebote passgenauer zuzuschneiden, es erhöht auch die Akzeptanz für die Projekte deutlich“ (BMUB 2016).

Seit 1999 haben Kommunen, Quartiersmanagements und lokale Akteure im Programm Soziale Stadt eine differenzierte und unterschiedlich weit reichende Beteiligungsphilosophie erarbeitet, die sie in einem breiten Repertoire von Beteiligungsverfahren und Mitwirkungsformen umsetzen. Hierbei stellt sich die Herausforderung, alle sozialen Milieus gleichberechtigt in die Quartiersentwicklung einzubinden und insbesondere auch die Partizipation und Teilhabe von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte zu stärken.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung zusammen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit das Forschungsvorhaben „Beteiligungsverfahren für Zuwanderer“ in Auftrag gegeben. Ziel war es, Erkenntnisse zu fördernden und hemmenden Faktoren der Beteiligung von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte an der Quartiersentwicklung zu gewinnen und daraus Empfehlungen für bessere Teilhabechancen von Zuwanderern auf der lokalen Ebene abzuleiten. Dies betrifft insbesondere zwei Perspektiven: zum einen die Einflussnahme und Mitwirkung an den Entwicklungs- und Veränderungsprozessen

(Beteiligungsverfahren) und zum anderen die Nutzung der lokalen Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen (gleichberechtigte Zugänge).

Folgende Themen und Fragestellungen bildeten die Schwerpunkte der Untersuchung:

- Mit welchen Methoden der Bürgerbeteiligung kann es in der Stadt- und Quartiersentwicklung gelingen, Zuwanderer besser zu erreichen?
- Wie können Zuwanderer besser von kommunalen und Angeboten von Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern profitieren? Wie kann ihr Zugang zu diesen Angeboten verbessert werden?
- Welche Ansprache etwa im Hinblick auf ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt ist notwendig?
- Wie können Zuwanderer, die bereits seit langer Zeit in Deutschland leben, in kommunale Entscheidungsprozesse und in die Quartiersentwicklung besser eingebunden werden? Welche Bereiche eignen sich überhaupt dafür und sind integrationsfördernd?
- Gibt es Unterschiede im Engagement und in der Wahrnehmung von Angeboten in Groß-, Mittel-, Kleinstädten und Landgemeinden und sind damit unterschiedliche Zugänge verbunden?
- Welchen Stellenwert haben Zusammenarbeit von Fachämtern und Kooperationen mit Dritten wie Schulen, Gemeinwesenarbeit etc. für die Beteiligung und Teilhabe von Zuwanderern?

- Welche unterstützende Rolle kommt dabei Bund, Ländern und Kommunen zu?

1.2 Untersuchungskonzept und methodisches Vorgehen

Die Erarbeitung der Studie erfolgte in einem mehrstufigen Untersuchungsansatz. Zunächst wurde anhand einer Literaturrecherche/Desktoprecherche der aktuelle Stand der Forschung und Debatte zum Thema aufbereitet. In einem zweiten Schritt wurden in leitfadengestützten Gesprächen mit Experten aus Verbänden, Politik, Verwaltung und Wissenschaft die Forschungsthemen aus unterschiedlichen disziplinären Blickwinkeln erörtert. Den empirischen Kern des Forschungsprojekts bildete die Untersuchung der lokalen Beteiligungskultur in acht Quartieren. Die Quartiere wurden hierzu nach einem Kriterienkatalog (Stadtgröße, Quartierstyp, vorhandene Unterstützungsangebote für Zuwanderer, Beteiligungsansätze und Teilhabeverständnis, bestehende lokale Netzwerke und ressortübergreifende Handlungsstrategien) ausgewählt. Dabei spielte auch die zu erwartende Übertragbarkeit der Ergebnisse hinsichtlich der Erreichbarkeit der Zielgruppen sowie deren Mitwirkungs- und Teilhabechancen eine zentrale Rolle. Das eigentliche Erkenntnisinteresse richtete sich also nicht in erster Linie auf die einzelnen Quartiere und Städte selbst – vielmehr ging es um Impulswirkungen für einen Wissens- und Erfahrungstransfer und um geeignete Beispiele zur Weiterentwicklung einer umfassenden Beteiligungskultur.

Zu den acht Fallbeispielen wurden nach Sammlung von Konzepten und Dokumenten die fallbezogenen Fragestellungen konkretisiert. Bei Vor-Ort-Besuchen kamen unterschiedliche methodische Ansätze zur Anwendung:

Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung spielt gerade in benachteiligten Quartieren eine wichtige Rolle, um Bewohner zu aktivieren, sie gleichberechtigt in die Quartiersentwicklung einzubeziehen und ungleiche Gestaltungsmöglichkeiten abzubauen – damit wird Beteiligung vom Instrument zum Ziel der Stadtteilentwicklung. Nicht zuletzt aufgrund der Bevölkerungsstruktur in den betreffenden Quartieren sind Bewohner mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte hier in den Fokus getreten. Ihnen fehlen oftmals formelle Mitwirkungsmöglichkeiten im repräsentativen politischen System (z. B. aktives und passives Wahlrecht). Umso höher ist die Bedeutung von informellen Beteiligungs- und Mitwirkungsformaten in den Quartieren der Sozialen Stadt einzuschätzen. Beteiligungsangeboten kommt hier eine doppelte Funktion zu: Sie sollen Legitimität und Akzeptanz für städtebauliche Maßnahmen schaffen und zugleich eine langfristige Teilhabe aller Quartiersbewohner an der Mitgestaltung ihres Lebensumfelds leisten. Die begrenzte Reichweite von Beteiligungs- und Partizipationsverfahren sowie deren soziale Selektivität sind dabei Herausforderungen.

- Es wurden leitfadengestützte Einzel- und Gruppengespräche mit Schlüsselakteuren geführt, mit kommunal Verantwortlichen und Integrationsbeauftragten, dem Quartiersmanagement, örtlichen Trägern und Projektverantwortlichen. Mit einigen zufällig in den Quartieren angetroffenen Bewohnern wurden informelle Gespräche geführt und so Stimmen aus dem Quartier erfasst.
- Um möglichst viel über die Prozesse und Atmosphären in den Quartieren in Erfahrung zu bringen, wurden teilnehmende Beobachtungen durchgeführt. So sollten Erkenntnisse über die unterschiedlichen eingesetzten Beteiligungsformate von Gremiensitzungen über Stadtpaziergänge bis hin zu informellen Zusammenkünften und Festen gewonnen werden.

1.3 Zuwanderer – wer ist gemeint?

Der Begriff Zuwanderer deckt ein breites Spektrum von Personen ab. Im allgemeinen Verständnis werden damit Personen bezeichnet, die ihr Heimatland verlassen und ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft oder für längere Zeit in ein anderes Land verlegt haben – unabhängig von ihren Wanderungsgründen und dem rechtlichen Status ihres Aufenthalts.

Die Kennzeichnung von Personen mit Migrationshintergrund wird oft synonym verwendet. Nach Definition im Mikrozensus zählen dazu „alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

Auch Geflüchtete sind Zuwanderer oder Migranten, gleichwohl zieht das Völkerrecht zwischen beiden eine klare Trennlinie – als Flüchtlinge im engeren Sinne gelten jene, die aus äußeren Gründen zur Flucht gezwungen sind und Schutz suchen. Ob die Bedingungen erfüllt sind, prüft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Mit Hilfe des Asylverfahrens werden vier Schutzformen festgestellt: Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz, Abschiebeschutz.

In der vorliegenden Publikation werden daher die Begriffe „Menschen mit Migrationshintergrund“, „Zuwanderer“ und „Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte“ synonym verwendet, wohl wissend um die damit verbundene Problematik und in dem Bewusstsein, Migration keineswegs als alleiniges Charakteristikum der Menschen anzusehen – dahinter verbergen sich unterschiedliche Migrationsgründe, soziale Lagen, Milieuzugehörigkeiten, Wohnorte und individuelle Biografien.

1.4 Städte und Quartiere als Migrations- und Integrationsorte

Großstädte sind von jeher Orte der Zuwanderung und Integration, „denn sie bieten offene Arbeitsmärkte und offene Sozialstrukturen“ (Häußermann/Siebel 2004, S. 194). Statistisch korrelieren Ausländeranteil und Siedlungsstruktur miteinander: Die höchsten Ausländeranteile werden mit 12,5 Prozent in den kreisfreien Großstädten gemessen, die niedrigsten in Landgemeinden (2,3 Prozent) und dünn besiedelten ländlichen Kreisen (3,0 Prozent) (BBSR 2015a). Auch innerhalb dieser Siedlungsstrukturtypen fallen Städte mit einem besonders hohen Migranten- bzw. Ausländeranteil auf. Sehr stark internationalisierte

Integration

Die Integration der 15 Millionen Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte, die in Deutschland leben, ist eine der Zukunftsfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland. Dabei muss Integration nicht als alleinige Aufgabe der Zuwanderer begriffen, sondern vielmehr als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe verstanden werden. Neben der individuellen Integrationsbereitschaft von Zuwanderern sind die interkulturelle Öffnung und Veränderungsbereitschaft auf der Seite der „Mehrheitsgesellschaft“ sowie die staatliche Förderung von Integrationsmaßnahmen entscheidend für gelungene Integrationsprozesse. Mit dem Schwerpunktjahr 2017 „Teil haben, Teil sein: Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft“ legt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung den Fokus der Integrationsdebatte auf die gesellschaftliche Teilhabe von Zuwanderern. Ein Verständnis von Integration, das auf die gleichberechtigte Teilhabe aller Quartiersbewohner abzielt, erweist sich als anschlussfähig an die Entwicklung von benachteiligten Quartieren.

Städte mit einem Ausländeranteil von mehr als 20 Prozent sind z. B. Offenbach, Frankfurt a. M., München, Stuttgart, Mannheim und Ludwigshafen (BBSR 2015a). Derzeit gewinnen Klein- und Mittelstädte als Ankunftsorte für Zuwanderer an Bedeutung. Dazu trägt vor allem der Verteilungsmodus für Geflüchtete auf die Länder und Kommunen bei. Aber auch angesichts des Wachstumsdrucks, unter dem viele Großstädte stehen und der mit einer hohen Nachfrage und entsprechendem Preisniveau auf dem Wohnungsmarkt einhergeht, geraten Klein- und Mittelstädte stärker ins Blickfeld. Weniger Druck auf dem Wohnungsmarkt, weniger beanspruchte Infrastruktur, aber auch dichtere soziale Netze – das sind Potenziale für Integration, die Klein- und Mittelstädten zugeschrieben werden (Kennel/Neumüllers 2016; Braun/Simons 2015).

Unabhängig von der Stadtgröße lässt sich ein Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Sozialraum feststellen. Die abstrakte „Zuwanderung nach Deutschland“ wird in den Städten konkret – dort, wo sich Wohnung, Arbeit, Schule befinden. Im Quartier nimmt die Lebenswelt der Zugewanderten und ihrer Nachkommen Gestalt an. Entsprechend wird der Quartiersebene eine hohe Relevanz für gelingende Integration beigemessen: „Für den Verlauf und Erfolg von Integrationsprozessen hat (...) das unmittelbare Wohn- und Lebensumfeld zentrale Bedeutung“ – so macht der Nationale Integrationsplan 2007 auf den Zusammenhang von Quartier und Integration aufmerksam (Bundesregierung 2007, S. 109).

Quartier ist aber nicht gleich Quartier – gerade im Hinblick auf Integrationsvoraussetzungen und -potenziale sind Unterschiede festzustellen. So reicht die Spanne von sogenannten Ankunftsquartieren, in denen kulturelle Vielfalt

schon seit Jahrzehnten gelebt wird, bis zu Stadtteilen, in denen die Auseinandersetzung mit dem Thema erst jetzt mit der Zuwanderung von Geflüchteten aktuell geworden ist. Merkmal der Ankunftsquartiere ist, dass hier ein überproportional hoher Anteil an Migranten lebt und sich hier zugleich oftmals städtische Armut konzentriert.

In benachteiligten Quartieren überlagern und verstärken sich soziale Problemlagen, entsprechende Konflikte eingeschlossen. Zur prekären sozialen Lage kommen sozialräumliche Defizite. Das führt dazu, dass benachteiligte Quartiere ihrerseits benachteiligend wirken, z. B. bei der Arbeitssuche, bei Bildungskarrieren, bei sozialen Kontakten. Drei Dimensionen dieser negativen Quartierseffekte lassen sich ausmachen: Erstens sind die materiellen Lebensbedingungen im Quartier, gemessen an Lage, Erreichbarkeit, Wohnstandard, Ausstattung mit Grün- und Freiflächen sowie mit sozialer, kultureller und gewerblicher Infrastruktur, defizitär. Zweitens beschränken sich die Alltagskontakte der Bewohner auf Menschen in ähnlicher sozial schwieriger Lebenslage und drittens tragen symbolische Effekte wie Stigmatisierung und Image (sozialer Brennpunkt, Ghetto, Problembezirk) zur Benachteiligung bei (Häußermann/Kronauer 2015). Quartierseffekte können die gesamte Bewohnerschaft treffen. Sie bedeuten aber zugleich, dass Integration vielfach unter den Vorzeichen von Benachteiligung stattfinden muss.

Aber ein solches Quartier kann auch Ressourcen für den Abbau von Benachteiligung im Allgemeinen und für Integration im Speziellen bereithalten – und das gleichzeitig zu den oben genannten negativen Effekten. Die Dichte der sozialen Netze, die Beziehungen zwischen Verwandten,

Sozialer Zusammenhalt

Die Bedeutung von sozialem Zusammenhalt ist eng verbunden mit gesellschaftlichen Spaltungsprozessen und der Bereitschaft, in verschiedenen sozialen und sozialräumlichen Kontexten solidarisch zu handeln – in Familie, Gruppen und Nachbarschaft, in Stadt und Quartier oder auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Da gesellschaftliche Veränderungen in den Städten und Quartieren ihren räumlichen Niederschlag finden, ist die Stärkung des sozialräumlichen Zusammenhalts ein zentrales Ziel der Stadtentwicklung geworden. Die Soziale Stadt leistet als eine Strategie zur Minderung sozialräumlicher Ungleichheit dazu einen wichtigen Beitrag. Zum einen geht es darum, marginalisierte und benachteiligte Quartiere durch Investitionen in Infrastruktur und Wohnen besonders zu unterstützen und ihren Anschluss an die gesamtstädtischen Entwicklungen zu ermöglichen und dadurch zu gerechteren Lebensbedingungen und zum sozialräumlichen Ausgleich beizutragen. Zum anderen geht es darum, die gesellschaftlichen Teilhabechancen der Bewohner zu stärken und soziale Ausgrenzungsprozesse zu verhindern, soweit dies auf Quartiersebene möglich ist. Die Verbesserung der Zugänge zu Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheitsleistungen sollen dazu ebenso beitragen wie die Stärkung von nachbarschaftlichen Aktivitäten und die gleichberechtigte Beteiligung an Gremien und Projekten.

Freunden und Nachbarn werden durch die räumliche Nähe begünstigt. Und genau diese sozialen Netze können stabilisierend wirken, denn hier wird Sozialkapital gebildet. Dem Sozialkapital kommt ein besonderer Stellenwert in den Quartieren zu, in denen finanzielle Ressourcen extrem knapp sind. Sozialkapital macht z. B. Nachbarschaftshilfe möglich, es kann die Arbeitsplatzsuche (lokale Ökonomie) unterstützen und es kann ein Gefühl der kulturellen Vertrautheit schaffen (Schnur et al. 2013). Neben „harten“ Faktoren, wie niedrigen Mieten, sind es diese positiven Quartierseffekte, die viele Menschen mit Migrationshintergrund in die Ankunftsquartiere ziehen.

Auf die Situation benachteiligter Quartiere und die Tendenzen einer zunehmenden sozialräumlichen Spaltung der Städte reagierend wurde 1999 das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt implementiert. Ziel ist es, die Lebenssituation der Bewohner in städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligten Quartieren zu verbessern und Stabilisierung und Aufwertung dieser Quartiere zu unterstützen. Zu den Kennzeichen des Programms zählen der integrierte und am Sozialraum orientierte Ansatz und das ressortübergreifende Verwaltungshandeln. Ebenfalls zum Kern gehören Aktivierung und Empowerment der Bewohnerschaft, um sich an der Quartiersentwicklung und am Stadtleben gestaltend zu beteiligen. So wurde über die Jahre hinweg in den Quartieren ein breites Spektrum an Beteiligungsverfahren und -formaten entwickelt und es sind viele Ansätze der Aktivierung erprobt worden.

Vor dem Hintergrund, dass in benachteiligten Quartieren oftmals überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, kommt dem Thema „Integration“ im Programm Soziale Stadt große Bedeutung zu. In der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung wird bekräftigt, dass Fördermittel zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eingesetzt werden können. Der „Anteil ausländische Bevölkerung“ fließt mit 7,5 v. H. in die Berechnung der Verteilung der Bundesmittel auf die Länder ein (VV Städtebauförderung 2016). In der von der Bundesregierung verabschiedeten ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt wird noch einmal das Quartier als relevante Ebene der Integration hervorgehoben: „Quartiere, die ohnehin erhöhte soziale Integrationsanforderungen erbringen, sind häufig durch einen erheblichen Anteil von Migrantinnen und Migranten gekennzeichnet. Quartiere können für die Städte und Gemeinden eine bedeutende Integrationsleistung erbringen (BMUB 2016)“. Vor diesem Hintergrund sollen diese Quartiere noch stärker unterstützt werden.

2. Vor Ort – acht Quartiere unter der Lupe

Im Folgenden werden acht Quartiere und deren Wege zu einer lokalen Beteiligungskultur vorgestellt. Sie bilden hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen wie ihrer Beteiligungsansätze ein breites Spektrum ab. Sie liegen in Städten unterschiedlicher Größenklassen und verfügen über unterschiedliche Erfahrungen mit Migration. Einige von ihnen sind klassische Ankunftsquartiere, in denen Zuwanderung schon seit Jahrzehnten zur Normalität gehört und Integration im Quartier schon lange auf der Agenda steht. In anderen Quartieren steht die Auseinandersetzung mit dem Thema am Anfang und ist erst mit der aktuellen Zuwanderung von Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebieten in die öffentliche Wahrnehmung gerückt.

Es gibt auch Gemeinsamkeiten: Es handelt sich um Quartiere, in denen unterschiedliche Problemlagen kumulieren und ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Bewohner sich in prekären Lebenslagen befindet – viele von ihnen haben eine Zuwanderungsgeschichte. Alle Quartiere sind oder waren als Fördergebiete der Sozialen Stadt ausgewiesen. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sich viele lokale Akteure für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner engagieren und ihre Teilhabe an der Quartiersentwicklung fördern.

In den acht Quartieren bestätigt sich: Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigt in die Quartiersentwicklung einzubeziehen ist ein zentrales Aufgabenfeld vor Ort. Es ist mit vielfältigen Möglichkeiten und Hemmnissen verbunden und macht geeignete Formen der Ansprache und der Prozessgestaltung erforderlich. Ein Patentrezept oder auch einen übertragbaren Werkzeugkasten gibt es in keinem der Quartiere. Entscheidend ist, dass alle sozialen Milieus mit ihren unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten an den Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen eines Quartiers mitwirken können – und ihre Herkunftsgeschichte dafür keine Barriere darstellt.

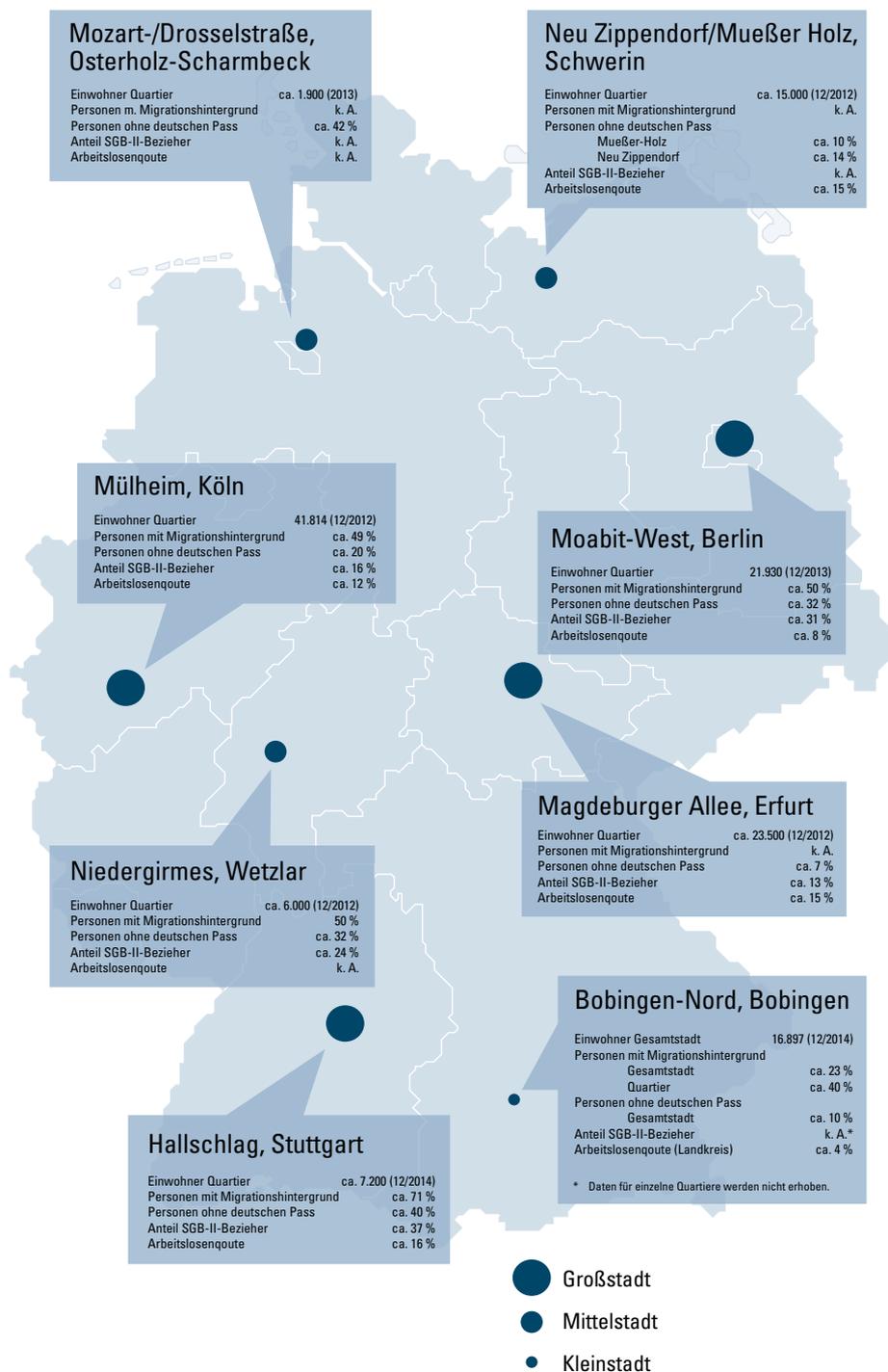


Abbildung 1: Die Quartiere der Fallstudien im Überblick, Quelle: Urbanizers

Osterholz-Scharmbeck: Mozartstraße und Drosselstraße

Die Quartiere Mozartstraße und Drosselstraße liegen westlich der Innenstadt von Osterholz-Scharmbeck. Ihre Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte ist eng verknüpft mit der Stationierung der US-Brigade 1978 und deren Abzug 1992. Die Immobilien wurden überwiegend an private Wohnungsunternehmen verkauft. Im Zuge der Neubelegung kam es zur Konzentration einkommensschwacher Haushalte und dem Zuzug von Menschen verschiedenster Herkunftsländer. Die sozialen Umbruchprozesse in den Quartieren gingen mit nachbarschaftlichen Konflikten und Imageproblemen sowie städtebaulichen und infrastrukturellen Neuordnungsbedarfen einher. Im Jahr 2002 wurden beide Quartiere als Sanierungsgebiete festgelegt und in das Programm Soziale Stadt aufgenommen.

Das gesamtstädtische Leitbild lautet: „Viele Kulturen – eine Stadt Osterholz-Scharmbeck“. Ihm liegt ein Verständnis von kultureller Vielfalt als urbane Normalität zugrunde, Integration wird als wichtige kommunale Aufgabe, Inklusion als gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben angesehen. Dem



Wohnanlage im Quartier Mozartstraße und Drosselstraße, Foto: Ingeborg Beer



Garten im Haus der Kulturen, Foto: Ingeborg Beer

Haus der Kulturen, das 2010 mit Unterstützung der Sozialen Stadt entstanden ist, kommt eine Schlüsselfunktion zu. Die meisten hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter bringen eigene oder familiäre Zuwanderungserfahrungen und Sprachkompetenzen mit. Die offene und gastfreundliche Atmosphäre mindert Barrieren, die vielfältigen Angebote treffen auf unterschiedlichste Interessen (Beratung, Musik, Lesungen, Kleiderkreis etc.), Künstler bringen sich mit ihren interkulturellen Ideen ein (Musik- und Theaterprojekt für kurdische Kinder). Die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte der Stadt ist häufig vor Ort, kennt viele Besucher persönlich, verfügt über gute Netzwerkkontakte und schafft Brücken in Verwaltung und Wirtschaft. Dadurch wurden bereits mehrere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und Hospitationen für Geflüchtete ermöglicht. Aufgrund der gelebten Beteiligungskultur werden Arbeitskreise und runde Tische, Stadtteilspaziergänge und Stadtteilkonferenzen gut angenommen. Vertrauen, Unterstützung und Selbstorganisation sind die Gelingensfaktoren zur Stärkung der Teilhabe vor Ort.

”

In Osterholz-Scharmbeck wird großer Wert auf inklusive Quartiersentwicklung und Beteiligung „auf gleicher Augenhöhe“ gelegt. Teilhabe und Integration bewirken ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen. So gestärkt, bringen sich neu zugewanderte Menschen zunehmend gleichermaßen wie die schon länger hier lebenden Menschen in Beteiligungsprozesse ein und artikulieren ihre Wünsche und Bedürfnisse auch an ihrem sozialen (Wohn-)Umfeld, z. B. um den Freiraum vor den Wohnblöcken in ihrer Freizeit für sich und ihre Kinder gut nutzen zu können. So wird es durch den Aufbau und die gemeinsame Bewirtschaftung des Gartens der Kulturen möglich werden, künftig auch im Freiraum in den Wohnanlagen Mietergärten mit Kräuterhochbeeten voranzubringen.

“

Karin Wilke, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte der Stadt Osterholz-Scharmbeck



Kontakt

Soziale Stadt Osterholz-Scharmbeck · Baudezernat · Rathausstraße 1 · 27711 Osterholz-Scharmbeck

Schwerin: Neu Zippendorf/Mueßer Holz



Neu Zippendorf mit Schweriner Fernsehturm,
Foto: Ingeborg Beer

Die Stadtteile Neu Zippendorf und Mueßer Holz entstanden in den 1970er- und 1980er-Jahren als Teile der Großwohnsiedlung Großer Dreesch am südöstlichen Rand von Schwerin. Zwischen 1990 und 2010 verloren sie mehr als die Hälfte ihrer Einwohner. Damit einher gingen hohe Wohnungsleerstände und umfangreiche Gebäudeabrisse. Vor allem in den unsanierten preisgünstigen Wohnungen leben überdurchschnittlich viele Menschen in schwierigen Lebenslagen mit hohen Armutsrisiken, Arbeitslose, Alleinerziehende und junge Familien. 1999 wurden die Stadtteile in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Mit der aktuellen Neuzuwanderung von geflüchteten Menschen sind neue Integrationsaufgaben für die Quartiere verbunden.

Migration und Integration haben in der Schweriner Stadtpolitik seit der Zuwanderung von Spätaussiedlern und von jüdischen Kontingentflüchtlingen Anfang der 1990er-Jahre einen hohen Stellenwert. 2003 wurde auf gesamtstädtischer Ebene das Netzwerk Migration und 2007 die Migrantenplattform gegründet, um u. a. die

Zusammenarbeit der Migrantenorganisationen zu intensivieren. Zuwanderer sind heute auf der politischen Ebene, in Vereinen, Beiräten und als Stadtvertreter engagiert. Das 2011 erarbeitete Integrationskonzept wird derzeit um die Integrationsaufgabe von Geflüchteten erweitert.

In Neu Zippendorf und Mueßer Holz sind die lokal verankerten Vereine der früheren Zuwanderergeneration, Kirchen, Initiativen und Netzwerke wichtige Ressourcen der Quartiersentwicklung. Sie fungieren als Brückenbauer ins Quartier und ermöglichen sportliche und interkulturelle Begegnungen. Eine herausragende Rolle nimmt der 2004 gegründete Verein Die Platte lebt e. V. ein. Als Dach der Vor-Ort-Initiativen strebt der Verein eine Verstärkung der sozialen Stadtentwicklung über die Programmlaufzeit der Sozialen Stadt hinaus an. Er betreibt den Stadtteiltreff „Eiskristall“ in Neu Zippendorf, der auch für die geflüchteten Neubewohner zahlreiche Beratungs- und Begegnungsangebote bietet, ein Welcome-Café und Projekte zur Stärkung des nachbarschaftlichen Miteinanders.



Plattenpark in Mueßer Holz, Foto: Ingeborg Beer

„ Für meine Arbeit als Integrationsbeauftragter spielen meine persönliche Biografie und meine Erfahrungen als Stadtteilmanager eine wichtige Rolle. Als ich 1996 nach Schwerin kam, habe ich wie viele andere Migranten dieselben Schritte gemacht: Sprachkurs, Anerkennungsverfahren zur beruflichen Qualifikation, berufsorientierende Maßnahmen sowie Umschulungen und Weiterbildungen. Offenheit, Wille und Bereitschaft, alle Möglichkeiten zu nutzen, um mich aktiv in unsere Gesellschaft einzubringen, waren sicher die entscheidenden Gründe dafür, dass ich mich zu engagieren begann. Als Stadtteilmanager bekam ich vor Ort mit, welche Fragen, Herausforderungen, aber auch Potenziale das Thema Integration mit sich brachte, wie sich das Zusammenleben von Migranten und Einheimischen gestaltete, wie Vereine entstanden, wie sich eine Vernetzung der unterschiedlichen Akteure vor Ort aufbaute und welche Vorteile und Synergien sich daraus ergaben.

“

Dimitri Avramenko, Beauftragter der Landeshauptstadt Schwerin für Integration der Zuwanderer und Ausländerangelegenheiten



Kontakt

Stadtteilbüro Mueßer Holz · Keplerstraße 4 · 19063 Schwerin · stadtteilbuero@web.de

Berlin: Moabit-West (Beusselstraße)



Beusselstraße, Foto: Ingeborg Beer

Das Quartiersmanagement unternimmt zahlreiche Anstrengungen, um die vielfältige Bewohnerschaft dafür zu gewinnen, an der sozialen Quartiersentwicklung und der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mitzuwirken. Neben der Planungsbeteiligung an investiven Maßnahmen (Schulhöfe, Plätze etc.) hat die Stärkung von gesellschaftlichen Teilhabechancen und von nachbarschaftlichem Zusammenleben einen hohen Stellenwert – dafür werden Bildungsverbände aufgebaut, Jugendliche beim Übergang Schule – Beruf unterstützt, Fortbildungen für Ehrenamtliche durchgeführt, Festivals und nachbarschaftliche Aktivitäten unterstützt. Die berlinweit eingerichteten Mitwirkungsverfahren ermöglichen das Mitentscheiden bei der Quartiersentwicklung und der selbstorganisierten Projektarbeit. Dessen Kernstücke bilden auch in Moabit-West der Quartiersrat und die Aktionsfondsjury, deren Vertreter nach einer breiten Aktivierungskampagne von der Bewohnerschaft gewählt werden. Obgleich das Beteiligungsinteresse in

den letzten Jahren erheblich zugenommen hat und die Engagementbereitschaft durchweg hoch ist, sind diese formalisierten Gremien für sozial benachteiligte Milieus mit vielfältigen Barrieren (hoher Zeitaufwand, entscheidungsorientierte Diskussionen etc.) verbunden. Das monatliche Stadtteilplenum ist als offenes und gemeinwesenorientiertes Format besser dafür geeignet, Bewohner niedrigschwellig einzubinden. Hier wird monatlich „Aktuelles aus dem Kiez“ besprochen, können Bewohner eigene Themen einbringen, auch mit Politikern und Experten über „Gentrifizierung“ und private Investitionsvorhaben diskutieren. Um die Inklusion schwer erreichbarer Gruppen zu verbessern, sollen Kiezspaziergänge und interkulturelle Veranstaltungen (Adventscafé, Fastenbrechen) zukünftig mehr Gewicht erhalten. Derzeit werden gezielte Informations- und Beteiligungsangebote für verschiedene Milieus entwickelt.



Werbung Quartiersratswahl, Foto: Gerald Backhaus

„ Ich habe bisher in der Aktionsfondsjury mitgearbeitet. Dadurch konnte ich den Kiez kennenlernen, viele Projekte, Institutionen und junge Leute, die sich im Kiez engagieren. Die Arbeit vor Ort hat mir viel gegeben, ich wollte dann noch mehr bewegen. Darum habe ich für den Quartiersrat kandidiert und wurde gewählt. Die Arbeit im Quartiersrat ist politischer, weil wir über große Projekte entscheiden, über Veränderungen diskutieren und die Zukunft im Kiez mitgestalten. Wir können Einfluss nehmen und geben Empfehlungen an die politischen Gremien ab. Um noch mehr Zuwanderer zum Mitmachen zu gewinnen, müssen Hemmschwellen abgebaut werden. Man muss vermitteln, dass alle Menschen willkommen sind in diesen Gremien, unabhängig davon, wie sie aussehen und was sie für eine Bildung haben.

Nushin Atmaca, Islamwissenschaftlerin, in Berlin geboren, in Bochum und Hannover aufgewachsen, lebt seit 2010 in Moabit

Kontakt

S.T.E.R.N Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH · Quartiersmanagement Vor-Ort-Büro · Rostocker Straße 3 · 10553 Berlin · qm-moabit@Stern-berlin.de

Erfurt: Magdeburger Allee



Saniertes und unsaniertes Wohnbestand,
Foto: Ingeborg Beer

Das Soziale-Stadt-Gebiet Magdeburger Allee grenzt nördlich an die Altstadt von Erfurt und ist von Gründerzeitbebauung geprägt. Die Funktionsmischung dieser ehemaligen Arbeiterquartiere blieb bis heute weitgehend erhalten. Der Immobilienmarkt hat sich in Erfurt stabilisiert, es wird zunehmend in die Gebäude investiert, neue Bewohner ziehen zu. Da diese Aufwertungen mit steigenden Mietpreisen verbunden sind, werden die Bleibeperspektiven für einkommensschwache Bewohner unsicherer, der Druck auf Nischennutzungen durch Kunst- und Kulturschaffende wächst.

Die Akteure der Stadt Erfurt haben sich seit der Zuwanderung von Spätaussiedlern in den 2000er-Jahren intensiv mit dem Thema „Migration“ befasst und Netzwerkstrukturen aufgebaut, in denen vielfältige Akteure und Intermediäre vertreten sind. Bereits 2004 entstand in einem ehemaligen Schulgebäude das Zentrum für Integration und Migration (ZIM). Der Umbau wurde aus Mitteln der Sozialen Stadt gefördert. Unter seinem Dach bündeln mehrere Träger und Migrant*innenorganisationen ihre Angebote (Beratungen, Kurse, interkulturelle Feste,

Kunstaussstellungen etc.). Dadurch werden die vielfältigen Stadt- und Quartiersbewohner gut erreicht und bestehen niedrigschwellige Zugänge zur Wahrnehmung der Angebote sowie zur Selbstorganisation von Veranstaltungen. Im ZIM hat auch die Geschäftsstelle des Netzwerks für Integration ihren Sitz. In diesem Netzwerk wirken über 60 Akteure mit – aus Ämtern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen, Firmen sowie Einzelpersonen. Neben stadtweiten Themen werden auch quartiersbezogene Fragestellungen im Netzwerk diskutiert („Wohnen und Quartiersmanagement“). Seit dem Zuzug von Asylbewerbern bildet die Integrationsbegleiter-Börse einen neuen Aufgabenschwerpunkt: In Patenschaftsmodellen werden Hilfen im Alltag und Sprachangebote vermittelt. Der vom Stadtteilmanagement initiierte Runde Tisch Soziale Stadt bildet eine Plattform für den Austausch zu aktuellen Ereignissen und für kooperative Projekte, Feste und andere Angebote im Stadtgebiet. Mit Blick auf niedrigschwellige Teilhabe- und tolerante Begegnungsformen spielt der Radiosender F.R.E.I. mit seinem „Container“ vor Ort eine wichtige Rolle.



Magdeburger Allee, Foto: Ingeborg Beer

„Radio F.R.E.I. hat seit vielen Jahren einen Stadtteilbezug. Uns ist wichtig, dass das Medium der Kommunikation zum Medium mit den Nutzern wird, auch zwischen ihnen. Wir befinden uns nicht in einer Einbahnstraße, machen nicht nur Programm für Zuhörer. An den Geflüchteten ist gut zu sehen, dass die Wirkungen weit über das Radiomachen hinausreichen – sie lernen viele andere Menschen kennen, können von anderen profitieren, über Themen oder den Stadtteil berichten. Nicht zuletzt verbessern sie so auch ihre Deutschkenntnisse. Beteiligung spielt eine wichtige Rolle für Integration. Unsere Erfahrung ist: Es muss auch Angebote für sporadische Teilhabe geben. Viele wechseln den Ort, gehen in Ausbildung oder nehmen an einem Integrationskurs teil, verändern ihre Prioritäten. Andere kommen wieder nach Erfurt zurück, steigen gleich wieder ein. Beteiligung stärkt auf vielfältige Weise die Bindung an die Stadt.“

“

Roman Pastuschka und Angelika Heller, bei Radio F.R.E.I. für das Stadtteilradio im Radiocontainer und für das Programm Weltoffen zuständig

Kontakt

Stabsstelle Soziale Stadt . Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung . Löberstraße 34 . 99096 Erfurt
Stadtteilbüro Magdeburger Allee . Magdeburger Allee 22 . 99086 Erfurt . stadtteilbuero@sozialestadt-erfurt.de

Bobingen: Bobingen-Nord



Einfacher Wohnstandard, Foto: Urbanizers

Migration ist in Bobingen, einer industriell geprägten Kleinstadt in der Nähe von Augsburg, eng mit der Anwerbung von Gastarbeitern aus Italien, der Türkei und Griechenland verbunden. Rund 2.000 Menschen wanderten in den 1950/60er-Jahren zu, viele von ihnen fanden in der neu entstandenen Siedlung Bobingen-Nord (ca. 15 ha, einfache Zeilenbauten in der Kernstadt) eine Wohnung. Der ökonomische Strukturwandel – das größte Werk im Ort schloss 1998 – ist in Bobingen spürbar, führte aber in einer Region, in der Fachkräftemangel herrscht, nicht zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosenrate und größerer Armut. Dies gilt auch für Bobingen-Nord. Dennoch lassen sich Benachteiligungen der Bewohner z. B. hinsichtlich Bildung, Einkommen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt feststellen. 2003 ist Bobingen-Nord eines von drei Fördergebieten der Sozialen Stadt, konzeptionell aber wird das Programm angesichts des kleinstädtischen Kontextes gesamtstädtisch gedacht.

Integration war jahrzehntelang durch das Nebeneinander der verschiedenen Kulturen gekennzeichnet. Es gab keine großen Konflikte, aber eben auch kein Miteinander. Diese Segregation aufzubrechen und das gegenseitige Kennenlernen zu fördern, sind Etappenziele der Sozialen Stadt und werden bereits im Integrierten Handlungskonzept 2003 benannt. Trotz knapper personeller und zeitlicher Kapazitäten übernimmt das Quartiersmanagement die Funktion des Integrationslotsen. In direktem Kontakt – in der Kleinstadt Bobingen ist das vergleichsweise leicht möglich – und aufsuchender Ansprache aktiviert es das Engagement Zugewanderter und Alteingesessener für Projekte der Sozialen Stadt. Wichtige Partner sind Migrantenorganisationen wie der Moscheeverein und der Türkische Kulturverein. In der Stadt bekanntes und anerkanntes Bindeglied ist der Deutsch-Türkische Freundschaftsverein mit seinen 260 Mitgliedern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, die bei gemeinsamen Festen und Kochevents zeigen, wie Integration lebensweltlich funktioniert.



Aufsteller Café International, Foto: Urbanizers

„ Unser Anliegen ist es, das deutsch-türkische Miteinander und die gegenseitige Toleranz zu fördern. Wir wollen uns verstärkt für den Austausch zwischen beiden Kulturen, die Freundschaft und das gute Zusammenleben einsetzen. Unser Ziel ganz praktisch gesprochen: dass man sich zusammenhockt. Wir leben hier schon so lange nebeneinander. Es ist Zeit, dass man miteinander lebt, die Kultur kennenlernt. Unser Verein hat 260 Mitglieder. Nicht nur Deutsche und solche mit türkischen Wurzeln, auch Griechen und Russen sind dabei. Viele leben hier in Bobingen-Nord, aber auch der Chefarzt, die Schuldirektoren und der Bürgermeister gehören dazu. Unsere Aktivitäten sind bunt: Fußballturniere, Lesungen, Musikabende. Besonders ist unser gemeinsames Kochen. Da kommen wir ins Reden. Ohne Reden wird das nie klappen mit der Freundschaft. “

Arif Diri, bis Anfang 2017 Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Bobingen

Kontakt

Quartiersmanagement Bobingen · Pestalozzistraße 1 · 86399 Bobingen · qm@stadt-bobingen.de

Stuttgart-Hallschlag



Einfache Zeilenbauten der 1950er-Jahre, Foto: Urbanizers

Der Hallschlag, in Hanglage im Stuttgarter Nordosten gelegen, ist geprägt durch den Siedlungsbau der 20er- und 50er-Jahre. In den 20ern entstanden hier Einfachwohnungen für Flüchtlinge und Kriegsheimkehrer. Sozialer Wohnungsbau dominiert bis heute. Zustand der Wohnungen, Bewohnerstruktur und isolierte Lage trugen dazu bei, dass der Hallschlag als „Ghetto Stuttgarts“ in Verruf geriet. Die Aufnahme ins Programm Soziale Stadt 2007 sollte nicht nur dazu beitragen, dass der Gebäudebestand saniert und die öffentlichen Räume aufgewertet werden. Auch Bildung und Gesundheit der Quartiersbewohner sowie das soziale und kulturelle Miteinander der Nationalitäten und Generationen standen im Fokus. Straßenbahnanbindung, Verbesserungen des Wohnungsangebots, attraktive Parks und Plätze: Städtebaulich gewinnt das Quartier Jahr für Jahr.

Über 70 Prozent der Menschen im Hallschlag haben einen Migrationshintergrund. Beteiligungsprojekte sind auf die Mitwirkung aller Bewohnergruppen angewiesen. Beteiligung und Ansprache funktionieren dabei nach dem Grundsatz: aufsuchend und projektbezogen. Zum Beispiel auf den Abenteuerspielplätzen und in den Schulen: dort, wo man Kinder und Jugendliche erreicht, die vielleicht ihre Eltern „mitziehen“. Für das Freiraumkonzept, dessen Aushängeschild der beliebte Travertinpark ist, gelang es so, breite Mitwirkung zu mobilisieren. Aus diesen entwickeln sich nutzergetragene Strukturen, die einen wichtigen Beitrag zur Verstetigung der Aktivitäten im Rahmen der Sozialen Stadt darstellen könnten.



Bauplatz des neuen Nachbarschaftszentrums, Foto: Urbanizers

„ Aus meiner Sicht als Sozialarbeiter kann ich sagen: Die Konzentration von Zuwanderern in einem Quartier ist dann ein Problem, wenn sie zur Abschottung der einzelnen Gruppen führt. Eine Chance für Integration ist sie, wenn es gelingt, Kommunikation im Quartier herzustellen. Das bedeutet zunächst: Austausch der Communities untereinander, wie wir das z. B. bei unseren Internationalen Buffets und Elternbeteiligungen in den Kinder- und Familienzentren hinbekommen. Das muss aber weitergehen und letztlich in eine Diskussion über gemeinsame Werte und eine gemeinsame Vorstellung vom Zusammenleben im Quartier führen. Wir erleben, dass Menschen ihre Würde erhalten, sozial integriert sind und selbstbewusst ihr Leben und ihren Lebensort gestalten, wenn sie ihre Stärken und Fähigkeiten einbringen und angefragt sind. Das ist im Hallschlag, nicht zuletzt durch die Soziale Stadt, in den vergangenen Jahren sehr gut gelungen. Der Bad Cannstatter Bezirksbeirat ist z. B. seit vielen Jahren mit Menschen aus verschiedenen Herkunftskulturen ein Abbild guter Integrationschancen in Stuttgart. “

Peter Kriesel, Sozialarbeiter und Leiter des Kinder- und Familienzentrums Kinderhaus Hallschlag in Stuttgart. Kinder aus rund 20 Nationen besuchen die Kindertagesstätte der Einrichtung.

Kontakt

Stadtteilbüro Zukunft-Hallschlag · Düsseldorf Straße 25 · 70376 Stuttgart · team@zukunft-hallschlag.de

Wetzlar-Niedergirmes

Niedergirmes ist ein Stadtteil der baulichen Gegensätze: Im Kern ein Dorf mit schmalen Straßen und Fachwerkhäusern, aber auch Geschosswohnungsbau und Hinterlassenschaften der Industrie. Das Arbeiterviertel nahm seit den ersten Anwerbeabkommen mehr und mehr Gastarbeiter, vor allem aus der Türkei, auf. In zweiter und dritter Generation leben viele Familien auch heute noch hier. Der aktuelle Sozialstrukturatlas der Stadt Wetzlar stellt fest, dass Niedergirmes eine Häufung ungünstiger Lebenslagen und Auffälligkeiten aufweist. Investitionen in den Wohnungsbestand haben in den letzten Jahren zur Verbesserung der Lebenswelt von einkommensschwachen Familien beigetragen. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur im Rahmen der Sozialen Stadt hat zu einer erheblichen Aufwertung der Angebotssituation im Quartier geführt, u. a. durch ein Nachbarschaftszentrum sowie ein Kinder- und Familienzentrum. Die Fluktuation innerhalb der Bewohnerschaft ist trotz allem hoch geblieben.



Neues Nachbarschaftszentrum im ehemaligen Gemeindehaus, Foto: Urbanizers



Sitzung des Stadtteilbeirats, Foto: Urbanizers

Niedergirmes hat einen Stadtteilbeirat, in dem neben entsandten Vertretern der Politik auch gewählte Anwohner sitzen. Er berät den Magistrat in Sachen Umsetzung des Programms Soziale Stadt. Zugleich gibt es eine offene Stadtbezirkskonferenz, die in zwei Arbeitsgruppen stadtteilrelevante Sachverhalte diskutiert und Projekte begleitet. Die Koordinierungsstelle Soziale Stadt ist eine Stabsstelle und kann so querschnittsorientiert arbeiten. Nicht zuletzt liegt hier auch die Zuständigkeit für Integration und den neu geschaffenen interkulturellen Rat. Erfahrungen auf Quartiersebene in der Sozialen Stadt und gesamtstädtische Integrationsarbeit stehen in einem produktiven Wechselverhältnis.

”

Seit 1987 bin ich Einwohnerin von Niedergirmes. Mir ist es wichtig, mich da zu engagieren, wo ich wohne. Wenn jeder, der hier Probleme sieht, wegzieht, dann bleibt alles beim Alten. Wenn man etwas ändern möchte, muss man aktiv werden. Ob das im Elternbeirat ist, im Stadtteilbeirat, im Ausländerbeirat oder in der Stadtverordnetenversammlung. Mit meiner Arbeit will ich andere Migranten ansprechen und informieren. Damit die auch mitbekommen, was hier passiert. Ich verstehe mich auch als Brücke zwischen Migranten und Einheimischen. Um mehr Zuwanderer für die Quartiersentwicklung zu gewinnen, müssen die Menschen an den Tisch geholt werden. Sie müssen Verantwortung bekommen und wissen, dass sie mitentscheiden können. 50 Prozent der Menschen, die hier in Niedergirmes leben, sind Migranten. Von denen machen aber nur ganz wenige bei den Workshops mit und teilen ihre Meinungen und Bedürfnisse mit. Ich denke, es wäre wichtig, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Projekten oder im Quartiersmanagement mitarbeiten. Dann hätten die Migranten hier auch weniger Hemmungen, vorbeizukommen und ihre Fragen zu stellen.

“

Emine Yigit, stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirats Wetzlar

Kontakt

Quartiersmanagement Niedergirmes . Niedergirmeser Weg 69 . 35576 Wetzlar . quartiersmanagement-ng@web.de
Stadt Wetzlar . Koordinationsbüro Sozial- und Jugendwesen . Ernst-Leitz-Straße 30 . 35578 Wetzlar

Köln-Mülheim



Stadtteilzentrum Buchforst, Foto: Urbanizers

Der Stadtteil Mülheim lässt sich als gemischt strukturierter Sozialraum charakterisieren und ist größtenteils durch eine unsanierte gründerzeitliche Bebauung sowie Zeilenbauweise der 20er- und 30er-Jahre geprägt. Charakteristisch für die Sozialstruktur ist der hohe Anteil sozial stark belasteter Bewohner bei einer insgesamt eher durchschnittlich geprägten Bewohnerschaft. Mülheim ist ein traditionelles Ankunftsquartier für benachteiligte Migranten, wobei in jüngerer Zeit auch ein Zuzug von einkommensstärkeren Personen und Familien zu verzeichnen ist. Im Rahmen des Strukturförderprogramms Mülheim 2020 wurde ein integriertes Handlungskonzept mit den Themenfeldern „Städtebau“, „Lokale Ökonomie“ und „Bildung“ entwickelt, um das Quartier strukturell zu stärken und bestehende Präventionslücken zu schließen. Die in den Stadtteilen angesiedelte Sozialraumkoordination und der Aufbau lokaler Netzwerke waren wesentliche Eckpunkte des Programms.

Die Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen erfolgt zum einen über formelle Gremien wie die eher institutionell besetzten Veedelsbeiräte sowie Instrumente wie den Verfügungsfonds. Darüber hinaus spielt die aufsuchende Beteiligung in Form der direkten, kultursensiblen Ansprache der Quartiersbewohner eine zentrale Rolle (Stadtteilmütter). Durch die Netzwerkarbeit zwischen der Sozialraumkoordination, den verschiedenen lokalen Akteuren und der Bewohnerschaft werden Informationen gebündelt und an Vereine, soziale Träger und sonstige Institutionen im Quartier weitergegeben. Von Migranten geprägte Organisationen wie beispielsweise die IG Keupstraße tragen einen wesentlichen Beitrag zu den Netzwerkstrukturen und zur Stärkung der Teilhabe bei. In Köln-Mülheim zeigt sich, dass auch Akteure aus Bereichen jenseits der „klassischen“ Quartiersentwicklung neue Impulse zur Beteiligung und Teilhabe von Zuwanderern setzen können. Hervorzuheben ist in diesem Kontext die Zusammenarbeit des Schauspielhauses Köln mit Zuwanderergruppen im Quartier und deren gemeinsame Erarbeitung des Theaterstücks „Die Lücke“.



Keupstraße, Foto: Urbanizers

„ Für unser Verständnis von quartiersbezogener Theaterarbeit sind zwei Fragen prägend: Wie sieht der Ort aus, an dem wir leben? Und: Wie sieht der Ort aus, an dem wir in Zukunft leben wollen? Wenn Sie diese Fragen mit den Mitteln des Theaters stellen und die Antworten gemeinsam mit dem Quartier suchen, dann wird es sehr aufregend. Das hat dann wirklich etwas mit den Menschen vor Ort zu tun. Die gemeinsame Arbeit hat die Keupstraße verändert. Die Community öffnet sich, empfindet sich nicht mehr als Peripherie. Sie wird gehört in der Stadt. Das Theaterstück ‚Die Lücke‘ war dafür der Motor. Und zugleich Keimzelle für mehr. Für das Kunst- und Kulturfestival Birlikte etwa, bei dem jeder aus dem Quartier mitmachen kann. Im Hinblick auf Partizipation ist unsere Arbeit sehr spannend: Der Beteiligungsgedanke ist dabei nicht ausschlaggebend, sondern der künstlerische Impuls. Daraus wiederum entstehen dann Beteiligungsprozesse. Partizipation ist dann nicht mehr ‚bei etwas mitmachen‘, das andere sich ausdenken. Deshalb entwickelt es mehr Schub als Gremien und Strukturen.

“

Thomas Laue, Chefdramaturg Schauspielhaus Köln



Kontakt

Stadt Köln . Amt für Stadtentwicklung und Statistik . Stadtteilmanagement/Koordination Gebiet Mülheim

3. Erfahrungen aus den Quartieren

Die acht untersuchten Quartiere liefern Eindrücke aus der Vor-Ort-Praxis und machen unterschiedliche Herangehensweisen im Beteiligungsalltag deutlich. Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte werden sowohl als eigene Zielgruppe wie als Teil der Quartiersbewohnerschaft angesprochen. Durch die Vielzahl von Beteiligungsangeboten, die an unterschiedlichen Themen, Formaten und Zielgruppen ansetzen und weit über die traditionelle Planungsbeteiligung in der Stadtentwicklung hinausreichen, wird in den Quartieren eine lokale Beteiligungskultur geschaffen. Die Orientierung an Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten der Quartiersbewohner spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Orientierung an den vorhandenen Ressourcen und Möglichkeiten im Sozialraum.

Lokale Beteiligungskultur entwickelt sich also stets von innen aus dem Quartier heraus. Wie sie konkret gestaltet wird, hängt von den Voraussetzungen im Sozialraum ab. Im Hinblick auf Menschen mit Migrationshintergrund heißt das: Welche Zuwanderergruppen sind dort zu Hause? Wie lange leben sie schon dort? Welche Lebenslagen, welches Bildungsniveau lassen sich ausmachen? Aber auch: Welche Angebote, Einrichtungen und Projekte sind vorhanden? Welche Ressourcen gibt es in den Quartieren? Welche Akteure engagieren sich bereits? Welche Schlüsselakteure gilt es für die Stärkung der lokalen Beteiligungskultur zu mobilisieren? Und es geht um die Identifizierung von Beteiligungsbarrieren. Viele Akteure vor Ort ebenso wie die befragten Experten weisen darauf hin, dass herkunftsbedingte Barrieren vorhanden sind. Dazu zählen z. B. geringe Sprachkenntnisse, sodass sprachlastige Beteiligungsangebote wie Gremienarbeit auf Ablehnung stoßen. Als viel höhere Hürden zur Beteiligung werden jedoch niedriger Bildungsstand und prekäre soziale Lage ausgemacht. Und das betrifft in benachteiligten Stadtquartieren eben auch viele Menschen mit Migrationshintergrund. Insofern sollten migrationsspezifische Merkmale nicht vorschnell als Erklärung für Nichtbeteiligung herangezogen werden. Vielmehr trifft das generelle Problem der sozialen Selektivität von Beteiligung auch auf Zuwanderer zu. Einige lokale Akteure halten dieses Problem für kaum lösbar. Menschen in schwierigen Lebenslagen – und dazu zählen Menschen

mit Migrationshintergrund in benachteiligten Quartieren oft – seien kaum für Beteiligung an der Quartiersentwicklung zu gewinnen: „Familien oder Haushalte, die in ihrem Alltag sehr beschäftigt sind, diesen aufgrund vielschichtiger Probleme überhaupt auf die Reihe zu kriegen, dass die jetzt noch den Kopf für Stadtentwicklung haben, das denke ich nicht“ (Interview Mülheim).

Die Fallbeispiele zeigen: Es kann keine „fertigen“ Lösungen, Patentrezepte oder Werkzeugkoffer geben, wohl aber lassen sich Elemente einer lokalen Beteiligungskultur identifizieren, die für die Beteiligung von Zuwanderern im engeren Sinn und für die Stärkung des Gemeinwesens insgesamt Wirkung entfalten. Viele dieser Elemente greifen ineinander, sind voneinander abhängig oder bauen aufeinander auf.

Im Folgenden werden die zentralen Erkenntnisse aus den Fallstudien sechs Themenfeldern zugeordnet und Aspekte dargestellt, die quartiersübergreifend von Bedeutung sind.

3.1 Räume der Teilhabe: Stadtteilzentren

Viele Angebote unter einem Dach: Stadtteilzentren und Gemeinschaftseinrichtungen, in denen niedrigschwellige Angebote verschiedener Einrichtungen und sozialer Träger gebündelt werden, wird in allen untersuchten Quartieren ein hoher Stellenwert für die Teilhabe von Zuwanderern beigemessen. Dies wurde in Gesprächen vor Ort von Quartiersmanagern, Mitarbeitern und Nutzern/Besuchern unterstrichen. So erklärt etwa Sürkan Özalp, Quartiersmanagerin in Osterholz-Scharmbeck: „Das Stadtteilzentrum Haus der Kulturen OHZ ist immer gut besucht. Das liegt daran, dass auch die zugewanderten Menschen durch die hier arbeitenden mehrsprachigen Kulturmittlerinnen und die ganztägige Öffnungszeit des Hauses erreicht werden und Verständnis für alle Belange des täglichen Lebens erfahren.“

Die Befunde aus den Untersuchungsquartieren zu Stadtteilzentren und anderen Gemeinschaftseinrichtungen bekräftigen die Ergebnisse der BBSR-Studie „Orte der Integration im Quartier“, die feststellte: „Die Integrationsfunktion, die die Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen übernehmen, basiert auf der Kombination von baulichen Investitionen und aktivierenden Maßnahmen“ (BBSR 2015b: S. 21).



Foto: Ingeborg Beer

Vor Ort gelernt:

- Multifunktionale und herkunftsübergreifende Begegnungsorte: Quartierszentren fungieren als multifunktionale und herkunftsübergreifende Begegnungsorte, an denen Integration und Teilhabe von Zuwanderern stattfindet. Besonders deutlich lässt sich dies im Haus der Kulturen in Osterholz-Scharmbeck und im Stadtschloss Moabit in Berlin beobachten: Als Anlaufstelle für unterschiedliche Nutzergruppen ermöglichen Stadtteilzentren Begegnung, Austausch und Kommunikation zwischen den Quartiersbewohnern. Voraussetzungen hierfür sind die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen, die Bündelung und Vernetzung von Angeboten sowie die Ausrichtung der Angebote an den Bedürfnissen unterschiedlicher Zielgruppen. Flexible Raumangebote, die Privatheit z. B. für Beratungsgespräche ebenso gewährleisten wie Offenheit für Veranstaltungen, leichte Zugänglichkeit und eine einladende Umgebung sorgen dafür, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Bildungsstandes diese Zentren aufsuchen. Neben organisierten Angeboten wollen die Zentren zufällige Begegnungen der Quartiersbewohner ausdrücklich ermöglichen und Treffpunkt für Nachbarn sein. Die Einbindung der Quartiersbewohner in die Ausgestaltung der Angebote (Stichwort: Aktivierung, Selbstorganisation) eröffnet eigenständige Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten.
- Einsatz von Soziale-Stadt-Mitteln für Neu- bzw. Umbau: Durch die Bereitstellung von Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt für den Neubau oder Umbau von Gemeinschaftseinrichtungen wurden in vielen untersuchten Quartieren Stadtteilzentren baulich qualifiziert. Der Neubau des Hauses der Kulturen in Osterholz-Scharmbeck, der Umbau eines alten Schulgebäudes zum Zentrum für Integration und Migration in Erfurt sowie die bauliche Umgestaltung des Nachbarschaftszentrums und der Neubau des Kinder- und Familienzentrums in Wetzlar-Niedergirmes zählen dazu.
- In Stuttgart-Hallschlag entsteht derzeit ein Mehrgenerationenhaus als Ort der Begegnung und Bildung im Quartier. Das Konzept hierfür wurde im Rahmen der Bürgerbeteiligung Zukunft Hallschlag entwickelt. In Bobingen ist der Umbau einer ehemaligen Schule zum Kultur- und Bildungszentrum inklusive des Treffpunkts Soziale Stadt geplant. Es zeigt sich also, dass der baulichen Ertüchtigung sowohl von Stadtteilzentren im Speziellen als auch der sozialen Infrastruktur im Allgemeinen vor Ort hohe Bedeutung zukommt. Die innerhalb der Sozialen Stadt intendierte Verschränkung investiver und nicht investiver Maßnahmen eröffnet die Möglichkeit, in soziale Infrastruktur zu investieren und die spätere Nutzung gemeinwesenorientiert anzulegen.
- Vernetzung von Akteuren und Aktivitäten: Stadtteilzentren sind Orte der Vernetzung von Akteuren und Aktivitäten. Ob für die Durchführung von Netzwerkrunden, Stadtteilplenen oder Sitzungen der sozialräumlichen Beteiligungsgremien: Stadtteilzentren bilden in zahlreichen untersuchten Quartieren (beispielhaft: Stadtteilzentrum Buchforst in Köln-Mülheim und das Stadtschloss Moabit in Berlin) den räumlichen Anker für Information, Austausch und Netzwerkarbeit im Quartier.
- Einrichtungen für Familien: Kinder- und Familienzentren mit niedrigschwelligen, zielgruppenorientierten Angeboten leisten einen wichtigen Beitrag für die frühzeitige Stärkung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Das Beispiel Wetzlar zeigt, wie die konzeptionelle Verknüpfung von Unterstützungsangeboten für Familien mit der baulichen Entwicklung eines Kinder- und Familienzentrums Integration im Sozialraum voranbringen kann. Auch in Bobingen sind Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien in einer Einrichtung zusammengelegt worden. Das für Beratungssuchende oft mühsame Aufsuchen mehrerer Einrichtungen an unterschiedlichen Orten entfällt durch die Bündelung der Angebote. Auch das ist ein Kennzeichen von Niedrigschwelligkeit.
- Hauptamtliche Mitarbeiter: Stadtteilzentren können nur als räumliche Anker der Beteiligungskultur erfolgreich sein, wenn dort feste Personalstellen eingerichtet sind. Die Abstimmung und Bündelung von Angeboten, die Koordination der Nutzer und nicht zuletzt die Kommunikation der Angebote in den Sozialraum (Öffentlichkeitsarbeit) erfordern Personal. Hierfür müssen öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

- **Verstetigung:** Die Frage der Verstetigung von Stadtteilzentren (Trägerschaft, Betrieb, Nutzungen) nach Ende der Förderung durch die Soziale Stadt bzw. anderer Förderprogramme muss frühzeitig geklärt werden.

3.2 Teilhabefördernde Angebote für Zuwanderer im Quartier

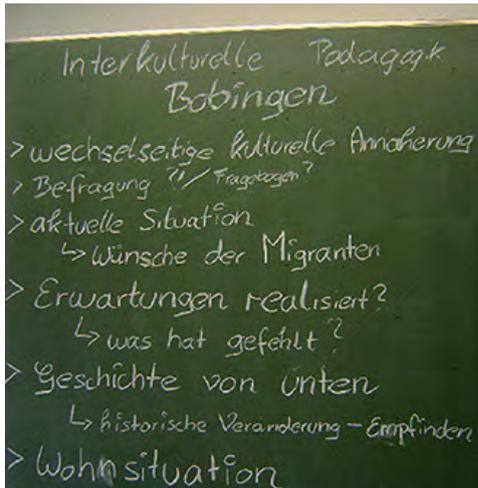


Foto: Urbanizers

Schwierige soziale Lebensverhältnisse und Einkommensarmut bilden den Ausgangspunkt eines erhöhten Beratungs- und Unterstützungsbedarfs in benachteiligten Sozialräumen. Um diesen Unterstützungsbedarfen angemessen zu begegnen, sollte soziale Infrastruktur wohnortnah, d. h. auf Quartiersebene angesiedelt sein. Für Menschen mit Migrationshintergrund existiert in den untersuchten Quartieren ein breites Spektrum teilhabefördernder Unterstützungsangebote. Dies umfasst längst nicht mehr nur die „klassischen“ Migrationsberatungen, sondern reagiert auf unterschiedliche Lebenslagen und Lebenswelten von Zuwanderern. Entsprechend groß ist der Kreis der Träger und Anbieter. Neben etablierten öffentlichen und sozialen Trägern, wie den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, haben sich auch kleine Träger auf dem Markt positionieren können. Zudem werden Unterstützungsangebote auch von Vereinen – darunter auch Migranten(selbst)organisationen –, lokalen Initiativen und formlosen Zusammenschlüssen von Aktiven, vielfach im Ehrenamt, umgesetzt. Wie der Zugang zu diesen Angeboten zu erleichtern ist, ist Thema in vielen Quartieren.

Vor Ort gelernt:

- **Koordinierung von Angeboten:** Koordinationsstrukturen und Netzwerke im Kontext von Quartiers- oder Stadtteilmanagement können einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und der Abstimmung von Angeboten leisten. Im Quartier Magdeburger Allee in Erfurt bildet der Runde Tisch Soziale Stadt das zentrale Gremium für den Informationsaustausch der im Gebiet tätigen Träger. Diese tauschen sich beim Runden Tisch über die bestehenden Angebote aus und planen gemeinsame Aktivitäten. In vielen Gebieten ist die Angebotsdichte bereits sehr hoch. Das Quartiersmanagement in Stuttgart-Hallschlag sieht daher seine Aufgabe weniger in der Schaffung neuer Angebote als vielmehr im Zusammendenken und Zusammenführen bestehender Angebotsstrukturen.
- **Frühzeitige Unterstützung:** Die Beispiele vor Ort zeigen, dass ein frühzeitiges Ansetzen von Angeboten notwendig ist. Dies wird in zahlreichen untersuchten Quartieren durch den Einsatz von Integrationslotsen, die Organisation von Welcome-Cafés oder die Durchführung von kostenlosen Deutschkursen für Geflüchtete umgesetzt. Frühes Ansetzen bezieht sich jedoch auch auf die Gestaltung von Teilhabeangeboten für Familien, Kinder und Jugendliche. Das Modellprojekt gemeinsam unterwegs in Wetzlar macht deutlich, wie junge Familien frühzeitig unterstützt werden können.
- **Interkulturelle Öffnung der Regelangebote:** In aktuellen Diskussionen wird darauf verwiesen, dass mehr soziale Teilhabe nur dann möglich ist, wenn die Institutionen und Angebote einen inklusiven Charakter haben, wenn sie Orte sind, zu denen alle Zugang haben und an deren inhaltlicher Ausgestaltung sie mitbestimmen können, die durchlässig, transparent und vernetzt sind. Beratungs- und Unterstützungsangebote auf Quartiersebene eigens für Zuwanderer sind kurzfristig wichtig, gerade für die in jüngster Zeit angekommenen geflüchteten Menschen. Langfristig fördern sie aber nicht zwingend Teilhabe. Die Öffnung und interkulturelle Neuausrichtung der Regelangebote ist auch in den meisten der untersuchten Quartieren ein Thema. Die Umsetzung erweist sich aber als längerfristiger Prozess. Im Hallschlag und in Osterholz-Scharmbeck funktioniert die interkulturelle Öffnung der Angebote im Zusammenklang mit ihrer räumlichen Bündelung in Stadtteilzentren/ Gemeinschaftseinrichtungen.

- **Freiwilliges Engagement:** Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Bereich, in dem viel bürgerschaftliches Engagement festzustellen ist. Dazu zählen auch selbst organisierte Angebote, die von migran-tisch geprägten Gruppen initiiert sind. Oftmals kommt es zur Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlichen Kräften.
- **Interkulturalität:** Die interkulturelle Öffnung der Regelangebote ist als Thema zwar vor Ort präsent, die Umsetzung aber steht vielfach erst am Anfang. Vor Ort ist dieser Prozess auch nur begrenzt steuerbar. Einzubinden sind die Träger, hier vor allem die Verbände der freien Wohlfahrtspflege. In Experteninter-views wurde deutlich, dass auch bei Verbän-den intern hier noch großer Diskussionsbe-darf besteht.
- **Belastbarkeit von Ehrenamt:** Das Engagement vieler Ehrenamtlicher in unterschiedlichen Feldern der Integration beeindruckt durch die Mischung von Professionalität und „Herzblut“. Die Gefahr besteht aber, dass Ehrenamtliche mit ihren Aufgaben überfordert werden. Neben der staatlichen Unterstützung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen sind auch ausreichende Mittel für hauptamtliche Struk-turen notwendig.

3.3 Öffentlichkeitsarbeit, persönliche Ansprache und Einbindung von Multiplikatoren

Mit welchen Kommunikationsformaten werden Menschen mit Migrationshintergrund gut erreicht? Wie werden sie auf Beratungs- und Unterstützungsangebote aufmerksam? Wie können sie für Projekte, Aktivitäten und die Gremienarbeit interessiert und gewonnen werden? Diese und ähnliche Fragen spielen im Arbeitsalltag des Quartiersmanagements eine wichtige Rolle. Die Antworten darauf sind vielfältig. Vielerorts lassen sich Versuche beobachten, sensibel mit Sprache und der Zuschreibung Migrationshintergrund, die ihrerseits diskriminierend und ausschließend sein kann, umzugehen.



Foto: Urbanizers

Vor Ort gelernt:

- **Öffentlichkeitsarbeit:** In den untersuchten Fallbeispielen werden die gängigen Formate stadtteilbezogener Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Zum Standard gehören Stadtteilzei-tungen, Webseiten, Newsletter, Aushänge, Flyer, Infostände bei Events im öffentlichen Raum etc. Teilweise werden diese mehrspra-chig gestaltet bzw. werden wenig sprachlas-tige Formen (z. B. die Verwendung von Bildern in Programmheften) gesucht. Hinweise auf regelmäßige Nutzung sozialer Medien fanden sich nur am Rande.
- **Aufsuchende Formen der Kommunikation:** In zahlreichen Gesprächen vor Ort wurden aufsuchende Formen der Kommunikation als zentrales Prinzip in der Ansprache und Erreichbarkeit von Zuwandern betont. Aufsuchend bedeutet in diesem Zusammen-hang, an die Orte zu gehen, an denen sich die Menschen aufhalten, die man errei-chen möchte – das sind z. B. Kita, Schule, Moschee- oder Kulturverein, Jugendzentrum oder Bolzplatz. So gelingt es, an den Lebens-welten der Bewohner anzuknüpfen und ihre Themen und Bedürfnisse aufzugreifen. Die Sozialraumkoordinatorin in Köln-Buchheim/ Buchforst streicht heraus: „Das Wichtigste ist eigentlich, dass ich die Menschen dort anspreche, wo sie auch betroffen sind. Zum Beispiel immer dann, wenn es um Bildung, Kita oder Schule geht, bin ich in den Bildungsein-richtungen genau richtig. Dann kriege ich die Eltern auch mit ins Boot“ (Claudia Greven-Thürmer). Auch für die Quartiersmanager in Stuttgart-Hallschlag gehört die Präsenz im Quartier zu den Grundprinzipien ihrer Arbeit, sei es in Form von Rundgängen, Einzelge-sprächen oder Besuchen in Einrichtungen. Im kleinstädtischen Kontext, in dieser Studie illustriert durch Bobingen, wird ausdrücklich

auf die kleinstadttypische hohe Dichte sozialer Kontakte und die direkte Kommunikation (Mund-zu-Mund-Propaganda) gesetzt.

- **Persönliche Ansprache:** Die persönliche Ansprache wird in vielen untersuchten Quartieren als wichtigstes Kommunikationsmittel genannt. So werden etwa in Osterholz-Scharmbeck neu zugezogene Menschen direkt angesprochen und/oder angeschrieben, um sie auf die Angebote im Haus der Kulturen aufmerksam zu machen. Nach Einschätzung einer Quartiersrätin in Berlin-Moabit gelingt es in persönlicher Ansprache der Menschen mit Migrationshintergrund am Besten zu vermitteln, dass sie unabhängig vom kulturellen Hintergrund und Bildungsstand willkommen sind und sich beteiligen können. Zugleich werden Vertrauen und soziale Nähe aufgebaut. Trifft man „bekannte Gesichter“ wieder, stärkt das das Nachbarschaftsgefühl.
- **Multiplikatoren und Brückenbauer:** Die Aktivierung von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte funktioniert insbesondere dann, wenn Vertrauenspersonen mit einem ähnlichen kulturellen Hintergrund als Multiplikatoren und Brückenbauer agieren. Die Rolle des Brückenbauers wird oftmals von Personen wahrgenommen, die schon lange im Stadtteil leben und in ihren jeweiligen ethnischen Netzwerken bekannt und angesehen sind. Vielfach engagieren sie sich ehrenamtlich. Entsprechend wichtig ist, dass sie Anerkennung, Unterstützung und Qualifizierung von offizieller Seite erfahren. Eine besondere Rolle nehmen auch Migranten(selbst)organisationen ein, die in brückenbauender Funktion oftmals eine hohe Anzahl von Menschen ansprechen können.
- **Finanzierung und Qualifikation:** Angesichts der Rolle von Multiplikatoren mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte für die Ansprache und Beteiligung, werden in zahlreichen Quartieren Mittel für hauptamtliche Multiplikatoren bereitgestellt und/oder ehrenamtliche Multiplikatoren qualifiziert und fachlich unterstützt. So arbeiten Arabisch sprechende Integrationslotsen in Schwerin als hauptamtliche Ansprechpartner für Geflüchtete und unterstützen diese in Alltagsfragen. Die Stadt Wetzlar bringt im Quartier Niedergirmes städtische Sozialarbeiter mit ehrenamtlichen migrantischen Familienpaten zusammen, um junge Familien zu erreichen. Auch die Stadtteilmütter-Projekte in Berlin-Moabit West und Köln-Mülheim stehen für solche Ansätze.

- **Vertrauen gewinnen:** Aufsuchende Gespräche im Quartier, die persönliche Ansprache der Bewohner und der Aufbau von Vertrauen erfordern erhebliche Personal- und Zeiteresourcen. Laut Einschätzungen zahlreicher Interviewpartner in den Quartieren führt an diesen Methoden kein Weg vorbei, um Zuwanderer für die Beteiligung an der Quartiersentwicklung zu gewinnen. Das Gelingen dieser persönlichen Ansprache hängt nicht nur von klaren Rahmenbedingungen ab, sondern auch von den Fähigkeiten der Akteure.

3.4 Mitwirken: Gremien, Verfügungsfonds, Planung und Projekte

Mitwirken, mitgestalten, mitentscheiden – in den untersuchten Quartieren lässt sich eine breite Vielfalt von Formaten, Methoden, Themenfeldern und Instrumenten der Beteiligung feststellen (s. Abb. 2).

Darauf zu achten, dass Menschen mit Migrationshintergrund an diesen unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten mitwirken und sich einbringen können, wird vor Ort als Aufgabe und Herausforderung begriffen. Es lässt sich also zum überwiegenden Teil eine hohe Sensibilität für das Thema feststellen. Dabei werden aber keine zuwandererspezifischen Beteiligungsverfahren konzipiert. Vielmehr ist die gleichberechtigte Mitwirkung aller Quartiersbewohner an den Beteiligungsangeboten das Ziel. Das Team des Stadtteilmanagements im Soziale-Stadt-Gebiet Stuttgart-Hallschlag bemerkt in diesem Zusammenhang: „Inklusion in der Bürgerbeteiligung bedeutet, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, Generationen und Lebenslagen, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Handicap an der Entwicklung ihres Stadtquartiers und ihrer Stadt beteiligen können. Es bedeutet, dass sie aktiv teilhaben an der Stadtteilentwicklung – auf unterschiedlichen Wegen, in unterschiedlicher Weise, durch ihre Ideen, Erfahrungen und Kompetenzen, durch eigene Gestaltung und Verantwortung, aber auch durch Kritik von baulichen und sozialen Projekten“ (Böhler/Fritz/Küchel 2013).

Vor Ort gelernt:

- **Beteiligung in Gremien:** Stadtteil- oder Quartiersräte sind in vielen Programmgebieten der Sozialen Stadt die Interessenvertretung der Bewohnerschaft. Das Mitwirken in diesen (gewählten) Beteiligungsgremien gehört zu

den voraussetzungsvollsten Beteiligungsformen auf Quartiersebene. Bewohner haben hier die Möglichkeit, Entwicklungen im Quartier zu diskutieren und die Programmumsetzung mitzugestalten. In den untersuchten Quartieren spiegelt sich aber das Problem der sozialen Selektivität von Beteiligung wider. Auch hier besteht die Tendenz, dass vor allem gut Ausgebildete, Ältere und Männer sich für eine Mitwirkung begeistern können. Hinsichtlich der Reichweite der Bewohnerbeteiligung sticht Berlin-Moabit West aus den untersuchten Quartieren hervor. Entsprechend des Berliner Quartiersrätemodells ist das Gremium mehrheitlich mit Bewohnervertretern besetzt, die von der Bewohnerschaft des Fördergebiets gewählt werden. Das Quartiersmanagement hat hier im Vorfeld der Wahl gezielt Menschen mit Migrationshintergrund als Kandidaten geworben.

- Offene Formen für Austausch und Dialog: Stadtteilplenum, Bürgerforum, Quartierskonferenz – offene, quartiersweite Veranstaltungen wie Bewohnerforen oder Stadtteilkonferenzen haben sich als niedrigschwellige Formate zur Meinungsbildung und zum Informationsaustausch auf Quartiersebene etabliert. Hier werden Ziele der Gebietsentwicklung diskutiert, Bedarfe besprochen, Handlungsschwerpunkte festgelegt, Informationen vermittelt und Zusammenarbeit verabredet. Hier geht es nicht darum, Entscheidungen zu treffen, sondern sich über bestimmte Themen der Quartiersentwicklung zu verständigen (Entscheidungsvorbereitung), Meinungen auszutauschen, Informationen über Aktivitäten im

Quartier zu verbreiten und mögliche Kooperationen zu eruieren. In den besuchten Quartieren zeigt sich ein breites Spektrum offener Veranstaltungsformate. Das Stadtteilforum im Quartier Mozartstraße und Drosselstraße in Osterholz-Scharmbeck fungiert als Austauschplattform für lokale Akteure und Bewohner. Empfehlungen aus dem Forum heraus werden an die Lenkungsrunde Soziale Stadterneuerung weitergereicht. Ein niedrigschwelliges Austauschformat, in das Bewohner einbezogen sind, wurde in Bobingen-Nord mit den Quartiersstammtischen geschaffen. Dieses Format ist als „Stimme der Bürger“ gedacht und für die gesamte Nachbarschaft offen. Das wichtigste Austauschgremium in Wetzlar-Niedergirmes ist die Stadtbezirkskonferenz, die stadtteilrelevante Sachverhalte diskutiert und Projekte begleitet. Sie ist in zwei Arbeitsgruppen (Umwelt, Bauen und Verkehr sowie Jugend und Familie) unterteilt. In beiden AGs beteiligen sich Vertreter der Verwaltung und von Einrichtungen aus dem Stadtteil sowie Bewohner. Hier formulierte Diskussionsstände und Anliegen fließen in den Stadtteilbeirat ein. In Berlin-Moabit West werden bei einem monatlichen offenen Stadtteilplenum Themen aus dem Kiez diskutiert und Informationen weitergegeben. In diesem Rahmen haben Bewohner immer die Möglichkeit, mit eingeladenen Experten aus Verwaltung und Politik zu diskutieren. Stärker themenfeldbezogen ist die Arbeit der Projektgruppen in Stuttgart-Hallschlag. Hier diskutieren Bewohner in kleinem Kreis mit lokalen Akteuren, Experten und dem Stadtteilmanagement. Mit Bezug auf die Zuwanderer wird festgestellt: Mit

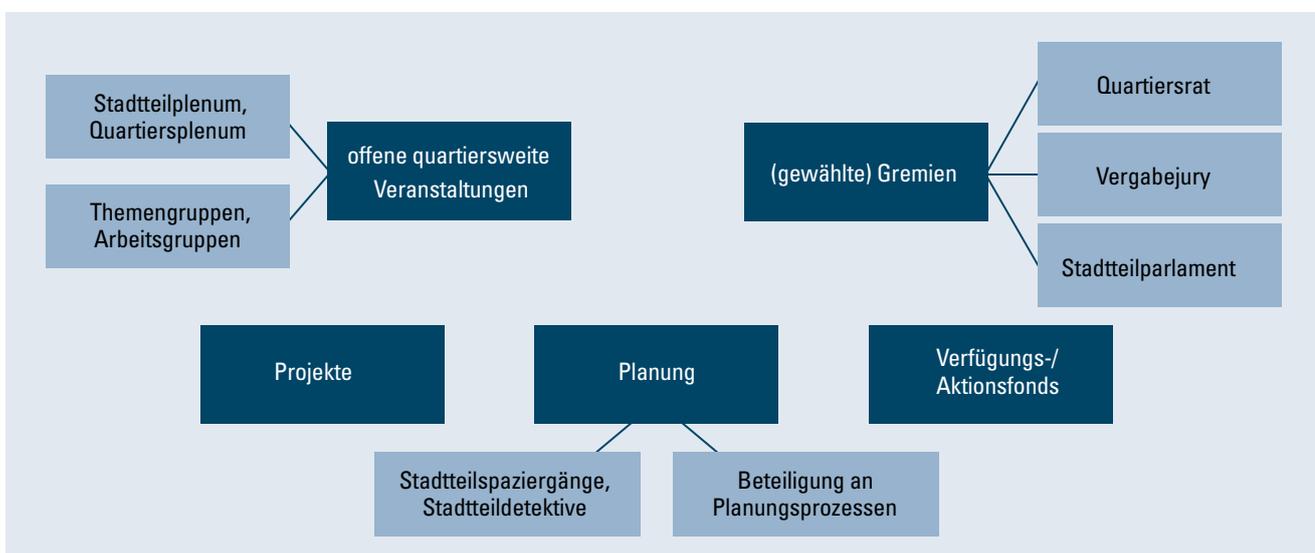


Abbildung 2: Übersicht der Beteiligungsformen in den untersuchten Quartieren, Quelle: Urbanizers

niedrigschwelligen, nah am Alltag der Bewohner angesiedelten Austauschformen wie dem Quartiersstammtisch in Bobingen gelingt es gut, Zuwanderer zu erreichen. Formate, die sich eher an Träger und Einrichtungen im Quartier wenden, sind wichtig, um Themen wie interkulturelle Öffnung und die Koordination der Angebote und Aktivitäten mit Integrationsbezug voranzubringen.

- **Beteiligung an Projekten und Planungen:** Die Beteiligung an Projekten und Planungen bietet Bewohnern die Möglichkeit der konkreten Mitgestaltung im Wohnumfeld. Gerade die frühzeitige Mitwirkung an baulich-räumlichen Planungsprozessen kann die Akzeptanz der Vorhaben erhöhen. In den untersuchten Quartieren wird Beteiligung an Planungen durch niedrigschwellige Formate umgesetzt, die dazu anregen, das Quartier besser kennenzulernen und auf räumliche Defizite aufmerksam zu machen. Mit diesem „Hands-on-Charakter“ gelingt es in vielen Gebieten, Zuwanderer in die Quartiersentwicklung einzubinden. Zu nennen sind hier „erlebnisorientierte“ Formate wie Stadtteilspaziergänge oder die Arbeit an Modellen. Ein intensiver Beteiligungsprozess an der Planung für den öffentlichen Raum wurde in Stuttgart-Hallschlag mit Erfolg initiiert: das mit dem deutschen Städtebaupreis 2016 ausgezeichnete Freiraumkonzept in Stuttgart-Hallschlag. Durch einen offenen Dialog, große gemeinsame Planungsworkshops und zahlreiche weitere Aktivitäten wurden hier alle Bewohnergruppen beteiligt. Projektbezogene Beteiligung findet sich in den untersuchten Quartieren in zahlreichen Formen und Themenfeldern. Sie zeigen sich als bauliche Projekte (Mitmachbaustellen), betreffen nicht investive Bereiche wie Bildung, Arbeitsmarkt, lokale Ökonomie oder sind ganz niedrigschwellig und auf gegenseitiges Kennenlernen und die Stärkung der Nachbarschaft ausgerichtet (Veranstaltungen). Die Bandbreite ist also riesig, gemeinsam ist den Projekten, dass sie die Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensumfeld anregen und die Identifikation mit dem Quartier stärken.
- **Verfügungs-/Aktionsfonds:** Mit dem Verfügungs-/Aktionsfonds steht in der Städtebauförderung ein breit einsetzbares Instrument zur Beteiligung und Mitwirkung von Quartiersbewohnern bereit. Es kommt in drei der acht untersuchten Quartiere zum Einsatz (Berlin-Moabit West, Köln-Mülheim, Stuttgart-Hallschlag). Die Erfahrungen decken sich hier weitgehend mit Forschungsergebnissen zu Verfügungsfonds. Sie zeigen, „dass gut bewirtschaftete und gesteuerte Verfügungsfonds ein sehr gutes Instrument sein können, das gewünschte Engagement vor Ort zu motivieren und in einer Weise zu begleiten, dass daraus auch realisierte Projekte und schließlich Vorbilder und Erfahrungswissen für neues Engagement entstehen“ (BMVBS 2012d, S. 11). Die projektgebundenen Beträge, die über ein lokales Gremium verteilt werden, sind – so klein sie auch sein mögen – Ansporn für Engagement und für die interessierten Gruppen und Bürger Anreiz, die eigenen Interessen in eine Projektidee zu übersetzen. Wenn Antragstellung und Umsetzung durch das Quartiersmanagement entsprechend begleitet werden, kann ein aus dem Verfügungsfonds finanziertes Projekt auch für Zuwanderer der erste Schritt zur Beteiligung an der Quartiersentwicklung sein: Zahlreiche Mitglieder in den Vergabegremien haben zuvor selbst Projekte realisiert, die mit Mitteln des Verfügungsfonds finanziert wurden.
- **Niedrigschwelliger Zugang:** Der Verfügungs-/Aktionsfonds kann seine Potenziale als Aktivierungs- und Beteiligungsinstrument nur entfalten, wenn er niedrigschwellig zugänglich und unbürokratisch geführt wird: Wenn der Abrechnungsaufwand das Projektvolumen übersteigt, ist das Instrument für niemanden im Quartier interessant. Die Erfahrungen aus den Fallstudien zeigen, dass insbesondere Zuwanderer von hohen bürokratischen Anforderungen abgeschreckt werden. Um diese Hürde zu überwinden, werden Antragsteller bzw. Projektdurchführende oft intensiv durch das Quartiersmanagement begleitet.
- **Spielräume klar kommunizieren:** Um gezielt auf Bedarfe im Sozialraum reagieren zu können, müssen Planungsprozesse von Anfang an die Themen aus dem Quartier aufnehmen. Die Beteiligung der Quartiersbevölkerung sollte zeitlich so angesetzt sein, dass Ideen und Anregungen der Bewohner in den weiteren Planungsprozess aufgenommen werden können. Das heißt, es müssen tatsächlich Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Ein bloßes Abwinken bereits beschlossener Entscheidungen durch die Bewohnerschaft muss hingegen als Scheinbeteiligung verstanden werden. Um Enttäuschungen und Frustration bezüglich der Ergebnisse von Beteiligungsverfahren zu vermeiden, muss Transparenz über den Mitwirkungsspielraum der Bürger sowie hinsichtlich des finanziellen und rechtlichen Realisierungsrahmens der geplanten Projekte geschaffen werden.

3.5 Lokale Netzwerke und neue Partner

Das Quartier als Sozialraum stärken – das lässt sich nur in der Kooperation der verschiedenen Akteure und Einrichtungen realisieren. Der Aufbau und die Koordinierung von Netzwerken ist vor diesem Hintergrund ein wesentliches Handlungsfeld der Sozialen Stadt. Dabei kommt es zunächst darauf an, Schlüsselakteure im Quartier zu identifizieren als Personen, die im Quartier bekannt und vernetzt sind, die über spezifische Kenntnisse des Quartiers und Fachwissen verfügen und bereit sind, sich verantwortungsbewusst in die Quartiersentwicklung einzubringen. In den untersuchten Quartieren werden Netzwerke für den gegenseitigen Informationsaustausch, zur Abstimmung von Angeboten und zur Entwicklung gemeinsamer Handlungsstrategien der Akteure vor Ort genutzt. Die Zusammenarbeit von Bildungsakteuren, Gemeinwesenarbeitern, Vertretern der lokalen Ökonomie und der sozialen Infrastruktureinrichtungen sowie von Mitarbeitern der kommunalen Fachämter ermöglicht dabei einen integrierten Blick auf das Quartier und ist die Voraussetzung für fachübergreifendes Handeln. Die Koordination der Netzwerkarbeit wird in den untersuchten Fallstudien von Quartiersmanagementteams oder Sozialraumkoordinatoren geleistet.



Foto: Urbanizers

Vor Ort gelernt:

- **Sozialraumkoordination:** Die Betrachtung der Fallstudien macht deutlich, dass die Vernetzung in sozialräumlich orientierten Netzwerken dann funktioniert, wenn die Netzwerkarbeit zum zentralen Aufgabenfeld des Quartiersmanagements gehört. Hervorzuheben ist in diesem Kontext der Ansatz der Sozialraumkoordination in Köln. Die Sozialraumkoordinatoren arbeiten an der Schnittstelle von Wohnquartier und Verwaltung, in der Vernetzung und Abstimmung von Akteuren, Bewohnern

und Angeboten. Durch die Netzwerkarbeit der Sozialraumkoordinatoren werden Aktivitäten, Unterstützungsangebote und Projekte aufeinander abgestimmt und an den Bedarfen der Bewohner ausgerichtet. Die Sozialraumkoordinatoren in Köln-Mülheim pflegen im Kontext ihrer Netzwerkarbeit engen Kontakt zu lokalen Migranten(selbst)organisationen. Auch im Gebiet Magdeburger Allee in Erfurt definiert das Quartiersmanagement seine Aufgaben im Wesentlichen als Netzwerkarbeit, um lokale Akteure und Aktivitäten zusammenzubringen und durch gegenseitige Information und Abstimmung Synergien zu erzeugen. Auch im Stuttgarter Hallschlag wird die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur als sehr gut bewertet. Entsprechend setzt das Quartiersmanagement an der Vernetzung der Angebote und Akteure an und kann auf die Konzeption zusätzlicher Angebote weitgehend verzichten.

- **Einbindung von Migranten(selbst)organisationen:** In vielen Quartieren übernehmen Migrantenorganisationen wichtige Funktionen bei der Beratung, Unterstützung und Integration von Zuwanderern. Gerade bei der Ansprache von Zuwanderern mit geringen Deutschkenntnissen spielen diese eine entscheidende Rolle. In Bezug auf das Ziel einer stärkeren Teilhabe und Beteiligung von Zuwanderern ist die Einbindung von Migrantenorganisationen in die Netzwerkarbeit auf Quartiersebene zentral. Uwe Lummitsch, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, bemerkt hierzu: „Es braucht in der Stadtteilarbeit im Sinne der Kultursensibilität einen schärferen Blick darauf, welche Migrantenselbstorganisationen und welche Initiativen im Quartier vorhanden sind, die in solche Prozesse eingebunden werden können.“ Mit Blick auf die Fallstudien spielen Migrantenorganisationen insbesondere in den Quartieren Köln-Mülheim, Bobingen-Nord, Wetzlar-Niedergirmes und Schwerin-Neu Zippendorf/Mueßer Holz eine wichtige Rolle als Netzwerkpartner. Das Spektrum der Migrantenorganisationen reicht dabei von Kultur- und Sportvereinen über Moscheevereine bis zur Interessengemeinschaft von Einzelhändlern.
- **„Neue“ Partner:** Starke Partner für die Stärkung von Teilhabechancen von Zuwanderern kommen auch aus Bereichen, die man zunächst nicht unmittelbar mit Quartiersentwicklung in Verbindung bringt. Die Erfahrungen aus den untersuchten Quartieren machen deutlich, dass insbesondere Akteure aus den Bereichen Kunst, Kultur und Medien

neue Impulse zur Beteiligung und Teilhabe von Zuwanderern setzen. Sie sorgen für erhöhte öffentliche Wahrnehmung und bringen eigene Ressourcen in die Zusammenarbeit ein. Das prominenteste Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit zwischen der IG-Keupstraße und dem Schauspiel Köln im Quartier Köln-Mülheim. In diesem Kontext ist das stadtbekannte Kunst- und Kulturfest Birlikte sowie das semi-dokumentarische Theaterstück „Die Lücke“ entstanden. Initiiert wurde der Kontakt im Rahmen der Netzwerkarbeit der Sozialraumkoordination. Im Quartier Erfurt-Magdeburger Allee nehmen Mitarbeiter des Radiosenders F.R.E.I regelmäßig am Netzwerk Integration und am „Runden Tisch Soziale Stadt“ teil. Mit seinem Projekt „STADTFINDEN“ fördert der Radiosender Begegnung und aktives Zusammenleben im Quartier. Neben Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft gehören auch Geflüchtete zu den Zielgruppen des Projekts.

- **Gesamtstädtische Perspektive:** In einigen Fallstudien zeigt sich, dass Netzwerke nicht immer auf Quartiersebene, sondern auch gesamtstädtisch bzw. themenfeldbezogen ausgerichtet sind. So wurde etwa in Schwerin 2003 das gesamtstädtische Netzwerk Migration gegründet und ein gesamtstädtisches Integrationskonzept entwickelt. In der Stadt Köln unterstützen die landesgeförderten Integrationsagenturen die Netzwerkarbeit in den Feldern bürgerschaftliches Engagement, interkulturelle Öffnung, Antidiskriminierung und sozialraumorientierte Hilfen. Auf sozialräumlicher Ebene sind die überwiegend von Migrantenorganisationen betriebenen interkulturellen Zentren eng mit den interkulturellen Diensten der Bezirksjugendämter vernetzt, um niedrigschwellige Angebotsstrukturen für Zuwanderergruppen zu koordinieren.
- **Sozialraum im Blick:** Sozialraumorientierte Netzwerke können wichtige Beiträge zur Förderung von Teilhabe und Beteiligung von Zuwanderern leisten, wenn die Interessen und Bedürfnisse der im Quartier lebenden Zuwanderergruppen in die Netzwerkarbeit eingespeist werden. Vor diesem Hintergrund müssen lokale Netzwerkkordinatoren überprüfen, ob die relevanten Partner im Quartier eingebunden sind. Insbesondere die Einbindung von Migrantenorganisationen und kleinen migrantisch geprägten Vereinen in die Netzwerkarbeit ist vor diesem Hintergrund zu forcieren.

- **Parallelstrukturen vermeiden:** Ein strukturelles Problem für die Netzwerkarbeit besteht darin, dass sich in vielen Quartieren Netzwerke überlagern. So fordern viele Förderprogramme den Aufbau eigener lokaler Netzwerke. Die „dichte Netzwerklandschaft“ erfordert schon fast wieder eine eigenständige Koordination. Um Parallelstrukturen zu vermeiden, ist eine genaue Analyse bestehender Strukturen erforderlich.

3.6 Gesamtstädtische Strategien, integrierte Handlungsansätze und ressortübergreifende Zusammenarbeit



Foto: Urbanizers

Das Quartier ist keine Insel, sondern steht in vielfältigen Wechselbeziehungen zur Gesamtstadt. Auf Ebene der Gesamtstadt werden wichtige Rahmenbedingungen für die Quartiersentwicklung und Quartiersarbeit gesetzt. Der Austausch zwischen beiden Ebenen muss gewährleistet sein, um gesamtstädtische und quartiersbezogene Interessen und Entwicklungen aufeinander zu beziehen. Ressortübergreifende Zusammenarbeit ist dabei zentral – die Lebenswelten in Quartieren teilen sich nicht sektoral auf. Anders ausgedrückt: Integriertes Handeln im Sozialraum funktioniert nur dann, wenn Strukturen auf kommunaler Ebene hierfür entsprechend ausgerichtet sind.

Vor Ort gelernt:

- **Bekanntnis politischer Entscheidungsträger:** Ein klares Bekenntnis politischer Entscheidungsträger zur integrierten sozialraumorientierten Quartiersentwicklung ist ein wichtiger Ausgangspunkt. Eine gesamtstädtische Strategie ist auch ein öffentliches Zeichen: Integration und Teilhabeförderung von Bewohnern benachteiligter Quartiere sind Aufgabe der Gesamtstadt. Wetzlar ist ein Beispiel dafür, wie Integration und Beteiligung von Zuwanderern zur „Chefsache“ gemacht wird und durch entsprechende Weichenstellung in der Verwaltung querschnittsorientiert und ressortübergreifend gehandelt wird.
- **Einbettung in gesamtstädtische Strategien:** Die Einbettung von sozialräumlichen Handlungsansätzen in eine gesamtstädtische Strategie ist in Köln erklärtes Ziel. Mit dem Programm Lebenswerte Veedel verfolgt die Stadt Köln seit 2006 eine gesamtstädtische Strategie, um die Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven der Bewohner in benachteiligten Quartieren zu verbessern. Mit dem Handlungsleitfaden Sozialraumkoordination setzt die Stadt konsequent auf eine Sozialraumorientierung und den Aufbau gemeinwesenorientierter Strukturen in den Quartieren. Zugleich schreibt die gesamtstädtische Strategie die ressortübergreifende Zusammenarbeit der Verwaltung verbindlich vor und ermöglicht so die Bündelung kommunaler Haushaltsmittel. Die Verknüpfung lokaler Interventionsmaßnahmen mit gesamtstädtischen Konzepten wird im Folgeprogramm Starke Veedel – starkes Köln seit 2016 fortgeführt.
- **Gute Bedingungen für Klein- und Mittelstädte:** Die Umsetzung gesamtstädtischer Strategien ist gerade auch in Klein- und Mittelstädten erfolgversprechend. Kurze Kommunikationswege in der Verwaltung sowie eine übersichtliche Anzahl von Quartieren und Akteuren erleichtern das Zusammendenken von Sozialräumen und Themenfeldern. Mit Blick auf die Fallstudien wird dies insbesondere in Wetzlar und Bobingen deutlich. In Wetzlar wurde zur Koordination des Programms Soziale Stadt eine Stabsstelle beim Dezernat für Jugend und Soziales eingerichtet. Eine koordinierte Budgetverwaltung ermöglicht es, verschiedene Ämter in die Programmumsetzung einzubinden. Der permanente Kontakt zu den Quartieren sorgt dafür, dass es einen kurzen Draht zwischen den Stadtteilakteuren und der gesamtstädtischen Ebene gibt. In Bobingen wird die Umsetzung des Programms Soziale Stadt für die vier städtischen Programmgebiete von vornherein gemeinsam gedacht, da die Gebiete als solche zu klein sind, um eine tragfähige soziale Infrastruktur aufzubauen. Quartiersübergreifendes Handeln steht im Vordergrund. Entsprechend sind die Gremien der Sozialen Stadt in Bobingen mehrheitlich gesamtstädtisch angelegt.
- **Wechselstromprinzip zwischen Quartier und Gesamtstadt:** Gesamtstädtische Strategien können nur dann funktionieren, wenn das Wechselstromprinzip im Austausch zwischen Quartier und Gesamtstadt berücksichtigt wird. Dementsprechend sollten gesamtstädtische Ansätze immer wieder hinsichtlich ihrer Praktikabilität im Quartier kritisch überprüft werden.
- **Kooperation innerhalb der Verwaltung:** Ressortübergreifende Zusammenarbeit erfordert die Zusammenführung von Entscheidungsprozessen und Haushaltsmitteln. Eine von der Politik beschlossene Strategie hilft, Widerstände einzelner Verwaltungsressorts zu überwinden.

4. Handlungsempfehlungen

Anknüpfend an die Erkenntnisse aus den Fallstudien lässt sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen für Akteure im Quartier und in den Kommunen ableiten, um die Beteiligungs- und Teilhabechancen von Zuwanderern in Stadtentwicklungsprozessen zu stärken.

Quartiere

Bestandsaufnahme vornehmen: Die Gestaltung einer lokalen Beteiligungskultur, die die Teilhabe von Zuwanderern unterstützt, hängt von den Voraussetzungen im Quartier ab. Daher ist der Istzustand des Quartiers zu betrachten. Standard in der Quartiersarbeit ist es, sozialstrukturelle Merkmale der Bewohnerschaft zu erfassen ebenso wie Angebote, Einrichtungen und engagierte Akteure auszumachen. Mit Blick auf Beteiligung von Zuwanderern sollte die Analyse ausgebaut werden: Welche Zuwanderergruppen sind im Quartier zu Hause? Welche Migrantenorganisationen sind hier aktiv? Welche Schlüsselakteure müssen für die Beteiligung von Zuwanderern eingebunden werden? Erhebungen auf gesamtstädtischer Ebene, die oftmals nur den Status „Ausländer“ erfassen, liefern keine hinreichenden Daten für quartiersbezogene Handlungskonzepte. Auch innerhalb der unterschiedlichen Zuwanderergruppen lassen sich Schlüsselakteure identifizieren, deren Ressourcen für die Entwicklung passfähiger Beteiligungsangebote mobilisiert werden können.

Zusammenleben in Vielfalt zum Thema machen: Eine inklusive Teilhabephilosophie lässt sich nicht von oben verordnen und auch nicht per Beschluss festschreiben. Sie benötigt eine Grundhaltung und ist ein Aushandlungsprozess, in den viele Akteure einzubeziehen sind. Im engeren Kreis sind das Quartiersmanagement und die in den Steuerungsstrukturen der Sozialen Stadt eingebundenen Akteure gefordert, ein gemeinsames Verständnis von Integration bzw. Inklusion zu entwickeln. Es gilt, die eigenen Aktivitäten immer wieder auf den Prüfstein eines ressourcen- und nicht defizitorientierten Ansatzes zu stellen. Die Frage nach dem Zusammenleben in Vielfalt sollte aber auch zum Gegenstand öffentlicher Debatten im Quartier gemacht werden. Dazu muss diese Frage auf praktische Aspekte heruntergebrochen und mit klaren Perspektiven verbunden werden. Beispielsweise könnten im Rahmen der Erarbeitung integrierter Handlungskonzepte Prinzipien eines Migrant Mainstreaming behandelt und die konkreten Maßnahmen daraufhin überprüft werden, ob sie mit diesen Prinzipien passfähig sind.

Spezialisierte Angebote machen, wenn Bedürfnisse artikuliert oder die Notwendigkeiten erkennbar sind: Unabhängig von einer grundsätzlichen Orientierung auf die gleichberechtigte Teilhabe aller Quartiersbewohner gibt es Situationen, in denen eigene Beteiligungsforen für Menschen mit Migrationshintergrund oder auch für einzelne Untergruppen zielführend sind. Eine inklusive Teilhabephilosophie beinhaltet auch die Herstellung von Artikulationsmöglichkeiten für Menschen, die die herkömmlichen Beteiligungsangebote nicht wahrnehmen wollen oder können.

Information und Öffentlichkeitsarbeit: Ob Beratungsangebote im Quartier, die Finanzierung von Bewohneraktionen oder der nächste Stadtteilspaziergang – Beteiligungsmöglichkeiten können nur wahrgenommen werden, wenn die Quartiersbevölkerung darüber informiert ist und insbesondere Zuwanderer sich zum Mitmachen eingeladen fühlen. Regelmäßige Sprechstunden im Quartiersbüro, transparente Angebotsstrukturen und klare Öffnungszeiten im Stadtteilzentrum sind Grundvoraussetzungen hierfür. Auch Stadtteilzeitungen, Webseiten, Newsletter, Aushänge, mehrsprachige Flyer und die Kommunikation über soziale Medien sind wichtige Bausteine der Öffentlichkeitsarbeit. Bereits vorhandene Formate sollten dahin gehend überprüft werden, ob sie Menschen mit Migrationshintergrund in geeigneter Weise ansprechen: als selbstverständlicher Teil der Bewohnerschaft, auf deren Mitwirkung es ankommt. Gleichzeitig sollte den beteiligten Akteuren bewusst sein, dass Öffentlichkeitsarbeit allein nicht hinreichend ist, um schwer erreichbare Personen zu aktivieren. Schlüsselakteure innerhalb der Zuwandererschaft können dabei helfen, Informationsangebote zu konzipieren, die multiple Öffentlichkeiten erreichen. Erfahrungen zeigen zudem: Gerade um Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen, funktioniert die persönliche Ansprache am besten. Die persönliche Ansprache und Einladung zur Beteiligung signalisiert: „Du bist gemeint. Das ist dein Stadtteil. Hier kannst du mitmachen!“

Zum Mitmachen einladen: Ein zentrales Prinzip bei Ansprache und Erreichbarkeit insbesondere benachteiligter Zuwanderergruppen ist die aufsuchende Arbeit im Quartier. Dies bedeutet einerseits, an die Orte zu gehen, an denen sich die Menschen aufhalten, die man erreichen möchte – das sind z. B. Kita, Schule, Jugendzentrum oder Bolzplatz, aber auch Moschee- oder Kulturverein. Aufsuchende Arbeit heißt also, an den Lebenswelten der Bewohner anzuknüpfen. Kommunikation im Alltag wird über die Diskussion konkreter Themen und realer Bedürfnisse hergestellt.

Dies erfordert nicht nur Geduld, Zeit und eine regelmäßige Präsenz im Quartier, sondern auch personelle Kontinuität, eine hohe Kultursensibilität und die Bereitschaft zum echten Dialog.

Interkulturelle Teams bilden: In Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil, in denen Quartiersmanagements mit mehreren Personen besetzt sind, sind interkulturelle Teams weitgehend selbstverständlich. Die Einstellung von Zuwanderern mit entsprechenden fachlichen Qualifikationen ist nicht nur wegen des Kompetenzzuwachses, sondern auch wegen der Signalwirkung für die Zielgruppen empfehlenswert.

Brücken bauen: Die Aktivierung von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte funktioniert insbesondere dann, wenn Vertrauenspersonen mit einem ähnlichen kulturellen Hintergrund als Multiplikatoren agieren. Brückenbauer mit eigenen kulturellen Bezügen zu den im Sozialraum vertretenen ethnischen Gruppen haben die Möglichkeit, Bedarfe und Interessen der Quartiersbewohner aufzugreifen und können zugleich über Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten im Sozialraum informieren. Die Rolle des Brückenbauers wird oftmals von Personen wahrgenommen, die schon lange im Stadtteil leben und in ihren jeweiligen ethnischen Netzwerken bekannt und angesehen sind. Das Quartiersmanagement sollte sie identifizieren und für die Zusammenarbeit gewinnen. Für ihr oft vielschichtiges und fast immer ehrenamtliches Engagement sollten die Brückenbauer Anerkennung, Unterstützung und Qualifizierung erfahren.

Migranten(selbst)organisationen einbinden: In vielen Quartieren übernehmen Migranten(selbst)organisationen wichtige Funktionen bei der Beratung, Unterstützung und Integration von Zuwanderern. Gerade bei der Ansprache von Zuwanderern mit geringen Deutschkenntnissen, die oftmals wenig mit kommunalen Verwaltungsstrukturen und Unterstützungsangeboten (Jobcenter, Jugendamt, Seniorenförderung) vertraut sind, spielen sie eine entscheidende Rolle. Es gilt, sie verstärkt in Kommunikation und Austausch einzubeziehen und ihre Zugänge zu Quartiersbewohnern als Ressource für die Entwicklung benachteiligter Quartiere anzuerkennen. Gerade bei Projekten, die auf die Stärkung der Beteiligung und Teilhabe von Zuwanderern abzielen, haben Migranten(selbst)organisationen das Potenzial, als Projektträger oder Tandempartner zu fungieren.

Einen Blick für neue Mitstreiter entwickeln:

Kunst-, Kultur- und Medienschaffende – Akteure aus Bereichen, die man zunächst nicht unmittelbar mit Quartiersentwicklung in Verbindung bringt, vermögen neue Impulse zur Beteiligung und Teilhabe von Zuwanderern zu setzen. Sie sorgen für erhöhte öffentliche Wahrnehmung und bringen eigene Ressourcen in die Zusammenarbeit ein.

Beteiligungsthemen kritisch überprüfen: Das Beteiligungsparadoxon, also das umgekehrt proportionale Verhältnis von Möglichkeiten der Einflussnahme einerseits und Interesse und Engagement andererseits, beschäftigt die Partizipationsforschung schon lange. Wenn es um die konkrete Umsetzung geht, bei der möglichst schon morgen etwas von dem sichtbar wird, was heute diskutiert und erarbeitet wurde, wird Beteiligung sinnhaft – vorausgesetzt, zu diesem Zeitpunkt sind überhaupt noch Veränderungsspielräume vorhanden. Jedes Beteiligungsthema sollte auf das tatsächlich vorhandene Potenzial hin geprüft werden.

Beteiligungshürden abbauen: Bei Angeboten und Beteiligungsformaten hinsichtlich partizipationsrelevanter Gegenstände und Themen, die von Zuwanderern bislang nur wenig wahrgenommen werden, gilt es genau zu überprüfen, was die Gründe dafür sind. Wenn keine Zuwanderer zur Diskussionsveranstaltung in der Stadtverwaltung kommen, ist dies nicht das richtige Beteiligungsformat für einen inklusiven Planungsprozess. Wenn in den Gremien kaum Zuwanderer sitzen, muss man sich fragen: Wird bei Zuwanderern gezielt für die Gremienarbeit geworben? Pflegen die Gremien eine inklusive Diskussionskultur? Die konkreten Beteiligungshürden unterscheiden sich von Quartier zu Quartier und abhängig von der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Selbstevaluierung durchführen: Der Aufbau und Ausbau einer lokalen Beteiligungskultur ist ein Prozess, der langfristig angelegt sein muss. Umso wichtiger ist eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Arbeit. Fragen wie „Konnten Beteiligungshürden abgebaut werden? Werden die Zielgruppen erreicht? Fühlen sich Zuwanderer angesprochen und eingeladen?“ sind dabei zu abstrakt und allgemein. Es sollten konkrete Ziele, konkrete Wege zu deren Umsetzung, Indikatoren der Zielerreichung und Evaluationszeiträume formuliert werden. Gerade im Hinblick auf die Überprüfung von Beteiligungsverfahren sind Selbstevaluationen unter Einbeziehung der Zielgruppe hilfreich.

Kommunen

Teilhäbeförderung im Quartier in gesamtstädtische Strategien einbetten: Auch wenn das Quartier im Fokus steht – entscheidende Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche lokale Beteiligungskultur werden auf kommunaler Ebene gesetzt. Nur durch gesamtstädtische Handlungsstrategien können Sozialraumorientierung und integrationspolitische Ansätze zusammengebracht werden. Um die Umsetzung solcher Strategien zu befördern, bedarf es deutlicher Signale der politischen Stadtspitzen: Die Förderung der Teilhabe von Bewohnern benachteiligter Quartiere ist nicht nur gesamtstädtische Aufgabe, sondern zugleich „Chefsache“.

Erfolgreiche Ansätze in die Regelfinanzierung überführen: In den Quartieren der Sozialen Stadt werden vielfach erfolgreiche Projektansätze entwickelt, die auf die spezifischen Anforderungen und Gegebenheiten im Quartier eingehen und zu mehr Beteiligung von Zuwanderern führen können. Das gilt z. B. für zahlreiche BIWAQ-Projekte. Nach Ende der Projektlaufzeit ist der Handlungsbedarf allerdings häufig weiterhin gegeben, die Anschlussfinanzierung aber oftmals ungeklärt. Die oben empfohlene Evaluation hilft, bewährte Ansätze zu identifizieren, sodass von kommunaler Seite geprüft werden kann, wie diese Ansätze in eine Regelfinanzierung überführt werden können.

Gelingende Beispiele auf Passfähigkeit überprüfen: Es gibt Typen investiver Projekte, die in mehreren Städten ihre integrativen Qualitäten unter Beweis gestellt haben. Neben Nachbarschaftszentren gehören dazu z. B. interkulturell ausgerichtete Sporteinrichtungen oder – sehr viel kostengünstiger – Gemeinschaftsgärten. Es wird empfohlen, die Übertragbarkeit solcher Modelle auf die eigene Kommune zu überprüfen und gegebenenfalls vergleichbare Einrichtungen zu schaffen.

Sozialraumorientiertes Handeln fördern:

Dies kann nur gelingen, wenn in kommunalen Verwaltungen ressortübergreifend gearbeitet wird. Erfahrungen zeigen, dass ressortübergreifende Zusammenarbeit quer zu bisherigen

Verwaltungsstrukturen und -logiken liegt und dementsprechend schwer zu realisieren ist. Sie ist aber Voraussetzung für die effektive Bündelung von Mitteln und die Verschränkung von investiven und nicht investiven Maßnahmen. Eine entsprechende Ausstattung und die angemessene Qualifikation der Fachverwaltungen für kooperative Ansätze sind daher erforderlich.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Regelangebote: Ebenso wie auf Quartiersebene gilt es in der Gesamtstadt interkulturelle Öffnung voranzubringen. Ein Zusammenleben in Vielfalt gilt es in der Verwaltung widerzuspiegeln. Die interkulturelle Kompetenz aller Mitarbeiter ist zu fördern, um für die entsprechenden Themen und Herangehensweisen im Quartier zu sensibilisieren. Interkulturelle Öffnung gilt auch in Bezug auf Regelangebote. Um dies zu befördern, ist der Dialog in der breiten Trägerlandschaft herzustellen.

Ankunftsorte stabilisieren: Gerade in Großstädten gibt es Quartiere, die sich über Jahrzehnte hinweg als „Ankunftsorte“ entwickelt haben. Durch den innerstädtischen Strukturwandel wie auch durch umfassende investive Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung verändern sich baulich-räumliche Bedingungen zum Besseren. Es werden kommunale Strategien benötigt, mit denen daraus und aus dem Wachstumsdruck resultierenden Verdrängungsszenarien begegnet werden kann. Die Mietpreisbremse ist ein Beispiel für ein mögliches Instrument in diesem Kontext.

Literaturhinweise

Bade, Klaus J.; Bommes, Michael, 2008: Einleitung. In: Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück (Hrsg.): Nachholende Integrationspolitik – Problemfelder und Forschungsfragen. IMIS-BEITRÄGE, 2008 (Heft 34), S. 7–12.

BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), 2015a: Internationale Migration in deutsche Großstädte. BBSR-Analysen KOMPAKT, 11/2015. Zugriff: <http://www.bbsr.bund.de> [abgerufen am 07.12.2016].

BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), 2015b: Orte der Integration im Quartier: vernetzt – gebündelt – erfolgreich. Bonn: BBSR-Sonderveröffentlichung.

BMUB Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), 2016: Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier. Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt. Zugriff: <http://www.bmub.bund.de> [abgerufen am 07.12.2016].

BMVBS Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), 2012d: Verfügungsfonds in der Städtebauförderung. Berlin: BMVBS-Sonderveröffentlichung.

Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), 2007: Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Zugriff: <https://www.bundesregierung.de> [abgerufen am 07.12.2016].

Böhler, Andreas; Fritz, Antje; Küchel, Lisa, 2013: Gemeinsam die Zukunft gestalten. Inklusion und Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung am Beispiel des Soziale Stadt-Gebiets ‚Stuttgart Hallschlag‘. In: Netzwerk Bürgerbeteiligung (Hrsg.): eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2013. Zugriff: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de> [abgerufen am 07.12.2016].

BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), 2015: Internationale Migration in deutsche Großstädte. BBSR-Analysen KOMPAKT, 11/2015. Bonn.

Braun, Reiner; Simons, Harald, 2015: Familien aufs Land – Teil 2. empirica paper, 2015 (Heft 230). Zugriff: <http://www.empirica-institut.de> [abgerufen am 07.12.2016].

Claussen, Wiebke, 2013: Wo können Beteiligungsprojekte in der Sozialen Stadt auf der Stufenleiter der Partizipation angesiedelt werden? In: Netzwerk Bürgerbeteiligung (Hrsg.): eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2013. Zugriff: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de> [abgerufen am 07.12.2016].

DST Deutscher Städtetag (Hrsg.), 2013: Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung. Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Deutschen Städtetages. Zugriff: <http://www.staedtetag.de> [abgerufen am 07.12.2016].

FES, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), 2016: Das Soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität. Bonn.

Fritsche, Miriam; Güntner, Simon, 2012: Partizipation ohne Teilhabe? Fallstricke der Beteiligungsarbeit in der Umsetzung von Förderprogrammen zur Quartiersentwicklung. Standpunkt: Sozial. Hamburger Forum für Soziale Arbeit und Gesundheit, 2012 (Heft 1+2/2012), S. 58–67.

Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin, 2015: Räumliche Segregation und innerstädtisches Ghetto. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Inklusion. Wege in die Teilhabegesellschaft. Frankfurt/New York: Campus, S. 157–180.

Kennel, Corinna; Neumüllers, Marie, 2016: Flüchtlinge in ländlichen Räumen – Erkenntnisse aus dem Wettbewerb „Menschen und Erfolge“. In: Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländlicher Raum, 2016 (02/2016), S. 26–29.

Pries, Ludger, 2015: Teilhabe in der Migrationsgesellschaft: Zwischen Assimilation und Abschaffung des Integrationsbegriffs. IMIS-Beiträge, 2015 (Heft 47/2015), S. 7–36. Zugriff: www.imis.uni-osnabrueck.de [abgerufen am 07.12.2016].

Schnur, Olaf; Zakrzewski, Philipp; Drilling, Matthias (Hrsg.), 2013: Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden.

Selle, Klaus, 2013: Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Aachen.

Terkessidis, Mark, 2010: Interkultur. Frankfurt. Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2016.

